

# THURGAUER FREISINN

## Anpacken, umsetzen!

«BTS umsetzen – jetzt»  
Petition schon unterschrieben?



Aktiv werden wie Ana Brändli und weitere FDP-Persönlichkeiten. Mit dem QR-Code zu den Videos oder [www.fdp-tg.ch/videos](http://www.fdp-tg.ch/videos)

### Geschätzte Freisinnige

Seit über zwei Monaten herrscht Krieg in Europa. Der Angriff Russlands auf die Ukraine stellt eine Zäsur in der Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa dar. Von den Auswirkungen des Krieges ist auch die Schweiz betroffen und wir stehen in der Pflicht, unsere solidarische Verantwortung wahrzunehmen. Verantwortung zu übernehmen, liegt in der DNA der Freisinnigen. Sei es in Krisenzeiten oder in der Gestaltung unserer Zukunft: Seit Monaten sammeln unzählige Parteimitglieder der FDP Thurgau Unterschriften für die Volksinitia-

tive zur Einführung der Individualbesteuerung, welche verlangt, Arbeitsleistung und das Vermögen von Paaren getrennt und damit fair zu besteuern. Bei der Lancierung der Petition für die Umsetzung des vom Volk genehmigten Baus der Bodensee-Thurtaal-Strasse (BTS) übernimmt die FDP Verantwortung für mehr Lebensqualität im Thurgau und eine bedarfsgerechte Erschliessung unseres Kantons. Im Grossen Rat denkt die freisinnige Fraktion an die Zukunft und versucht, Brücken statt Mauern zu bauen. So setzt sie sich erfolgreich für erstklassige (Kommunikations-)Infrastrukturen ein, weil sie die Grundlage für Wirtschaftswachstum und

Arbeitsplätze bilden und damit die Finanzierung des Staatshaushalts sichern. Nach Ansicht der FDP-Fraktion soll zudem ein Teil der exorbitanten Überschüsse aus der Staatsrechnung mittels eines kantonalen Fonds für Innovation und Fortschritt in den Wirtschaftskreislauf zurückfliessen und die deutlich unter dem schweizweiten Durchschnitt liegende Innovationsfähigkeit des Kantons Thurgau nachhaltig verbessern. In Eigenverantwortung übernehmen tagtäglich viele Mitglieder der FDP Verantwortung für die Gemeinschaft.

**Gabriel Macedo, Parteipräsident**

# Inhalt

- 3–11 Thurgauer Freisinn
- 12/13 Fraktionspräsident Damien Cottier im Interview
- 14 Interview mit Parteipräsident Thierry Burkart
- 15 Rückblick auf vier kantonale Wahlen
- 16 Rückblick auf die Frühlingsession
- 17 Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview
- 18 Frontex-Referendum gefährdet Sicherheit in der Schweiz
- 19 Filmgesetz beschneidet Wahlfreiheit des Publikums
- 20 Ja zum Transplantationsgesetz
- 21 Gastbeitrag von Bachelor-Mentee Sebastian Binggeli
- 22 Neues Europapapier der FDP
- 23 Vermischtes



Ja zur Individualbesteuerung:  
Jetzt Initiative unterschreiben!



## Ein Angriff auf unsere Werte Schweizer Sicherheitspolitik neu denken

### Liebe Freisinnige

Seit zwei Monaten tobt der Krieg in der Ukraine. Der russische Angriff auf ein souveränes europäisches Land ist aufs Schärfste zu verurteilen. Die Bilder, die uns aus der Ukraine erreichen, machen mich betroffen. Dieser Krieg markiert eine Zeitenwende und wirkt sich auch auf die Schweizer Sicherheitspolitik aus.

### NATO bleibt massgebend

Die aktuelle machtpolitische Konstellation zeigt in aller Deutlichkeit, dass der Grundsatz der autonomen Verteidigungsfähigkeit in einem modernen Konflikt nicht mehr absolut gilt. Eine vollständig autonome Verteidigung kann heute weder aus technologischer noch aus finanzieller Sicht gewährleistet werden. Die Schweiz tut daher gut daran, wenn sie zwar den NATO-Beitritt aus neutralitätsrechtlichen Gründen nicht in Betracht zieht, aber eine viel engere, über die bestehende «Partnership for Peace» hinausgehende Kooperation anstrebt. Dazu sind in erster Linie die NATO-Programme «Partnership Interoperability Initiative» und «Enhanced Opportunities Partner» zu prüfen. Denn für die Sicherheitsarchitektur in Europa wird auf unabsehbare Zeit die NATO massgebend sein.

Wer im Krieg kooperieren will, muss vorgängig die Zusammenarbeit planen und trainieren sowie die Systeme aufeinander abstimmen. Hierzu muss die schweizerische Sicherheitspolitik mit Blick auf aktuelle sowie künftige Bedrohungsszenarien und ohne ideologische Scheuklappen dringend die notwendigen Weichen stellen. Ein entscheidender erster Schritt dazu ist die Sicherung der Verteidigungsfähigkeit im Alpenraum mit dem F-35.

### Ja zu Frontex-Schengen

Auch die Abkommen Schengen/Dublin sind wichtige Pfeiler der europäischen Sicherheit. Ein

Abseitsstehen der Schweiz würde die Schweiz zu einem Magnet für Wirtschaftsflüchtlinge machen und ausserdem gravierende wirtschaftliche Nachteile mit sich bringen. Deshalb braucht es am 15. Mai ein Ja zu Frontex-Schengen. Die FDP ist die einzige Partei, die sich auch in der Vergangenheit vorbehaltlos für eine konstruktive Zusammenarbeit mit der EU eingesetzt hat.

Deshalb nimmt die FDP auch ihre Verantwortung wahr und zeigt anhand eines Grundlagenpapiers zur Europapolitik auf, wie das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU weiterentwickelt werden soll. Das Positionspapier wurde jeweils einstimmig von Parteivorstand, Fraktion und der Parteipräsidentenkonferenz verabschiedet. Abschliessend befinden die Delegierten darüber. Ich freue mich darauf, viele Delegierte an der DV am 25. Juni in Andermatt begrüssen zu dürfen.

Bei den jüngsten Wahlen schnitt die FDP mit ermutigenden Resultaten ab. In der Waadt holten wir uns drei der fünf Regierungssitze. Auch im Parlament legte die FDP einen Sitz zu, wir halten jetzt 50 der 150 Sitze! In Obwalden legte die FDP drei Sitze zu, in Nidwalden bleiben wir deutlich stärkste Partei. Bereits im November durften wir zwei Sitzgewinne im Kanton Freiburg zur Kenntnis nehmen. Nachdem wir in den kantonalen Wahlen zuvor stets Verluste einfahren mussten, können wir feststellen: Der Turnaround ist geschafft. Es geht wieder aufwärts! Diese Erfolge spornen uns an! Zusammen mit Ihnen, liebe Freisinnige, wollen wir das liberale Feuer weiter in alle Ecken des Landes tragen.

Herzliche Grüsse

Ihr Thierry Burkart  
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

## Ja zu Frontex-Schengen

Für Sicherheit, Freiheit und Wirtschaft

Die Ja-Parole der FDP Thurgau an der Mitgliederversammlung im MoMö – Schweizer Mosterei- und Brennereimuseum in Arbon fiel zur Frontex-Vorlage mit nur einer Gegenstimme überzeugend aus. «Wir unterstützen damit eine europäisch sinnvoll eingebettete Schweiz», betonte alt Nationalrat Hansjörg Brunner. Frontex

wird auf Grundlage der Schengen-/Dublin-Abkommen umgesetzt. Die Beteiligung der Schweiz bei Frontex garantiert den Erhalt der Mitgliedschaft in den Schengen-/ Dublin-Abkommen – Grundlage für Freizügigkeit, Sicherheit und Asylpolitik in Europa.



Hansjörg Brunner, alt Nationalrat

## Ja zur Änderung des Transplantationsgesetzes

Um Leben zu retten

Mit 46 Ja- zu 7 Nein-Stimmen fassten die Mitglieder die deutliche Ja-Parole zu der von Thomas Krois vorgestellten Änderung des Transplantationsgesetzes. Die Revision des

Transplantationsgesetzes überzeugt mit Fakten: Leben retten, mehr Klarheit für die Angehörigen im Trauermoment schaffen und niemanden zur Organspende zwingen.



Thomas Krois, Gemeinderat Uttwil

## Nein zur Filmgesetz-Revision

Für Qualität statt Pflichtkonsum

Das revidierte Filmgesetz verlangt für Streaminganbieter und private Sender eine vierprozentige Umsatzsteuer zugunsten des Schweizer Filmschaffens. «Eine Branche, die notabene bereits mit 116 Mio. Franken Steuergeldern subventioniert wird», machte Enrique Castelar, Co-Präsident der Jungfreisinnigen Thurgau, deutlich. Gegen die vom Parlament ausgearbeitete Vorlage hatten Schweizer Jungparteien unter der Führung der

Jungfreisinnigen das Referendum ergriffen: Denn Qualität ist besser als gesetzlich regulierter Pflichtkonsum. Die Filmgesetz-Revision ginge gegen die Wahlfreiheit der Konsumentinnen und Konsumenten und würde diese künftig finanziell noch mehr kosten. Die Thurgauer Freisinnigen folgten den Empfehlungen ihrer Jungpartei: Mit 43 Nein- zu 10 Ja-Stimmen fiel die Nein-Parole zur Filmgesetz-Revision ebenfalls deutlich aus.



Enrique Castelar, Co-Präsident Jungfreisinnige Thurgau

### Auf gutem Weg – doch noch nicht am Ziel

Wo steht der Thurgau bei den Themen Energie, Innovation und Digitalisierung? Braucht es Anreize oder Anschub? Regierungsrat Walter Schönholzer und Kantonsrätin Kristiane Vietze gaben dazu spannende Einblicke an der Mitgliederversammlung. Fazit: Attraktive Rahmenbedingungen gibt es nur, wenn Wirtschaft, Wissenschaft und öffentliche Hand lösungsorientiert

zusammenspannen. «Wir verfügen wohl über sehr gute Wirtschaftsstrukturen mit vielen erfolgreichen KMU-Betrieben, aber es fehlt uns an Universitäten und Fachhochschulen im Thurgau», waren sich Walter Schönholzer und Kristiane Vietze einig. Das könnte sich in naher Zukunft ändern – mehr dazu in unserem Schwerpunktbeitrag auf den Seiten 4 und 5.



Regierungsrat Walter Schönholzer im Gespräch mit Kristiane Vietze





# Erfolgreich auch in Zukunft!

Mit wegweisenden Projekten gegen den Fachkräftemangel

Der Kanton Thurgau ist erfolgreich in vielen Bereichen. Allerdings kämpft er zunehmend mit dem Fachkräftemangel und der Abwanderung von jungen Menschen, die sich ausserkantonale ausbilden lassen.

Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und attraktive Arbeitsplätze anbieten zu können, muss der Kanton Thurgau ein bevorzugter Standort für Bildung, Unternehmen und Start-ups bleiben. Der kantonale Wettbewerbsindikator der

UBS unterstreicht diese Faktoren. Zudem betont er das unterdurchschnittliche Innovationspotenzial des Thurgaus. Zwei Zukunftsprojekte, die schon bald Realität werden könnten, machen Hoffnung.

## Digital & Innovation Campus Thurgau

Neue Technologien muss man verstehen und anwenden. Es gilt die Devise: Entweder man ist dabei oder man wird bei Themen abgehängt.

Die Industrie- und Handelskammer des Kantons Thurgau hat deshalb mit verschiedenen Partnern den «**Digital & Innovation Campus Thurgau**» ins Leben gerufen. Der Campus wird den genannten

Entwicklungen mit konkreten Massnahmen Gegensteuer geben. Jérôme Müggler, IHK-Direktor und Campus-Projektleiter, stellt das Vorhaben im Interview vor.



**Jérôme Müggler,**  
Direktor IHK TG  
(u. Campus-Projektleiter)

**Jérôme Müggler, wieso braucht der Thurgau den Digital & Innovation Campus Thurgau?** Unser Kanton als Teil einer Randregion kämpft ohne eigene Hochschulen (mit Ausnahme der PHTG) mit verschiedenen Herausforderungen. Dazu

kommt, dass bereits heute ein guter Preis und Qualität für erfolgreiche Produkte allein nicht mehr ausreichen. Unternehmen müssen Produkte und Dienstleistungen weiterentwickeln oder gar neu erfinden können. Das bedeutet Innovation. Hierbei wird der Campus einen relevanten Beitrag leisten.

**Was wird der Digital & Innovation Campus konkret anbieten?** Wir haben fünf Schwerpunkte definiert: ein Innovationslabor für bestehende Unter-

### Fachkräftemangel im Kanton Thurgau

Der Fachkräftemangel ist mittlerweile allgegenwärtig. Betroffen sind vor allem Berufe, die eine mittlere bis hohe Qualifikation erfordern. Grösste Ursache ist der demografische Wandel. Die geburtenstarken «Babyboomer»-Jahrgänge gehen nun nach und nach in die Pensionierung – mehr Arbeitnehmende scheiden aus, als neue in einen Beruf einsteigen. Auch wenn in Zukunft stärker mit Maschinen und künstlicher Intelligenz gearbeitet wird, sind neue Berufsfelder dringend auf hochqualifizierte Fachkräfte angewiesen. Der Bedarf an menschlicher Arbeitskraft wird nicht schwinden – er verlagert sich nur. Für den Kanton Thurgau zeigt sich zusätzlich die Herausforderung der «Landflucht». Junge Menschen entscheiden sich immer mehr, für eine Hochschulausbildung den Wohnort zu verlassen, sie ziehen in Städte und Ballungszentren. Diese Situation und die Tatsache, dass ausländische Berufsabschlüsse hierzulande nur reduziert anerkannt werden, verschärfen die Situation zusätzlich. In den folgenden Interviews stellen die beiden Thurgauer Wirtschaftsverbände zwei Schlüsselprojekte vor, welche unseren Kanton als Wirtschaftsstandort stärken.

**Martina Pfiffner Müller, Kantonsrätin**

nehmen und Start-ups im Thurgau, angewandte Forschung in Zusammenarbeit mit Universität und Fachhochschule Konstanz, die Einbindung von Technologiepartnern wie der EKT und anderen, die Förderung von Jugendlichen bei MINT-Themen sowie die Vernetzung des Campus in der Region. Das alles ist aufeinander abgestimmt und profitiert von Synergien.

### Ist der Campus ein Bedürfnis der Thurgauer KMU und des Gewerbes?

Ja, ganz klar. Eine Umfrage zusammen mit dem Gewerbeverband zu den Bedürfnissen dieser Zielgruppen hat deutlich gezeigt: Mit dem Campus liegen wir richtig. Für grössere Unternehmen ist der Zugang zu angewandter Forschung relevanter; für Gewerbetreibende sind es mehr die Anwendungsbeispiele. Beiden gemeinsam ist das Bedürfnis nach einer kompetenten Anlaufstelle sowie der Austausch unter Gleichgesinnten.

### Profitiert die Bevölkerung auch von Angeboten des Digital & Innovation Campus?

Neben den Angeboten für Unternehmen wird dies der «ICT Scouts» am Campus sein – eine schweizweite Initiative zur Förderung von IT-Fähigkeiten für Jugendliche in der 7. Klasse. Zudem planen wir eine Erlebniswelt, wo jedermann und -frau neue Technologien wie Virtual Reality oder künstliche Intelligenz anfassen und ausprobieren kann. Und letztlich profitieren alle

Bevölkerungsteile, wenn Thurgauer Unternehmen attraktive Arbeitsplätze anbieten, ihre Produkte weiterentwickeln können – und neue Arbeitgeber entstehen.

**Wo wird der Campus seinen Standort haben?** Der Hauptsitz des Digital & Innovation Campus wird in Kreuzlingen sein. Für ein solches Vorhaben ist immer die Nähe zu Hochschulen entscheidend: PHTG Kreuzlingen, Universität und HTWG Konstanz. Später sind Aussenstandorte denkbar. Neben der guten Erreichbarkeit bietet sich so ein Hochschulstandort-Dreieck: Zürich/Winterthur – St. Gallen – Kreuzlingen/Konstanz.

**Wie steht das Campus-Projekt zu ähnlichen Initiativen und Institutionen in der Region?** Die Vernetzung des Campus ist einer der fünf Schwerpunkte. Die Zeiten des «Kantönleists» oder des Betreibens eines «Elfenbeinturms» sind vorbei. Erfolg hat heute, wer den Austausch pflegt und Wissen teilt. Deshalb führen wir neben den Konstanz Hochschulen aktive Gespräche über eine Zusammenarbeit mit dem Startnetzwerk Thurgau, dem Thurgauer Technologieforum, dem Verein Smarter Thurgau, dem Switzerland Innovation Park Ost in St. Gallen und dem Startfeld. Weitere werden folgen.

**Wann wird der Digital & Innovation Campus seinen Betrieb aufnehmen?** Erste Elemente wie das Thurgauer Institut für digitale Transformation (TIDiT) oder Technologieangebote der EKT haben wir bereits fertig entwickelt. Wir sind guter Dinge, dass wir im zweiten Halbjahr 2023 starten können. Wir setzen auf clevere Köpfe sowie spannende Themen und planen keinen Neubau für den Campus. Dieser soll in einem bestehenden Gebäude seine Heimat finden. Somit sparen wir Ressourcen und gewinnen Zeit. Es ist zu hoffen, dass das Thurgauer Stimmvolk im Frühling 2023 über die Vergabe der TKB-Millionen abstimmen kann. Im Idealfall wird von dort ein Beitrag an die Anschubfinanzierung des Campus kommen.

## Berufsbildungscampus Ostschweiz

Die Ausbildung in der Berufslehre findet an drei Lernorten statt: Praktische Tätigkeiten im Lehrbetrieb, theoretische Wissensvermittlung in der Berufsfachschule, überbetriebliche Kurse zur betriebspraktischen Ausbildung. Stark veränderte Berufe erfordern angepasste Ausbildungskonzepte.

Die Zunahme von Ausbildungstagen hat zur Konsequenz, dass die Branchenorganisationen, welche für die berufspraktische Ausbildung verantwortlich sind, enge Platzverhältnisse beklagen. Diese Situation ist zusätzlich angespannt, wenn die Branchenorganisationen mit den überbetrieblichen Kursen in Berufsfachschulen eingemietet sind, welche ihrerseits in den letzten Jahren ebenfalls zusätzli-

chen Raumbedarf geltend machen. Um die Situation langfristig zu lösen, hat der Thurgauer Gewerbeverband das Projekt «Berufsbildungscampus Ostschweiz» initialisiert. Geplant ist im Kanton Thurgau ein berufs- und branchenübergreifendes Zentrum für überbetriebliche Kurse. Hansjörg Brunner, Präsident des Thurgauer Gewerbeverbandes, stellt das Projekt im Interview vor.



Hansjörg Brunner,  
Präsident Thurgauer  
Gewerbeverband (TGV)

**Hansjörg Brunner, wieso braucht der Thurgau einen Campus für die Berufsausbildung?** Über 70 Prozent der Schulabgängerinnen und Schulabgänger im Kanton Thurgau absolvieren nach der Schulzeit eine Berufslehre. Der Thurgau kann mit gutem Gewissen als Berufsbildungskanton bezeichnet werden. Dies ist eine Stärke unseres Wirtschaftsraumes, der uns von anderen Wirtschaftsregionen abhebt.

**Wo sind die Vorteile eines zentralen Ausbildungsstandortes für zahlreiche Berufe?** Der technologi-

sche Wandel, die Digitalisierung und Globalisierung sowie die zunehmende Mobilität stellen an die jungen Berufsfachkräfte immer höhere Anforderungen. Die Lernenden müssen sich neue Verfahren und Anwendungen aneignen und dabei herkömmliche berufsspezifische Tätigkeiten ebenfalls kennen und verstehen. Mit dem Berufsbildungscampus Ostschweiz können wir den Lernenden attraktive Infrastrukturen mit modernem Ausbildungs- und Instruktionsmaterial zur Verfügung stellen, die den Ansprüchen der heutigen Wirtschaft gerecht werden.

**Fachkräftemangel in der Wirtschaft. Inwiefern leistet der Berufsbildungscampus Ostschweiz einen Beitrag?** Wir setzen mit dem Campus ein starkes Zeichen für jüngere Generationen, indem wir in ihre Ausbildung und damit in ihre Arbeitsmarktfähigkeit

investieren. Mit den modernen Infrastrukturen fördern wir eine qualitativ hochwertige Ausbildung und versorgen den Arbeitsmarkt mit gut ausgebildeten Fachkräften. Junge Berufsfachleute, die nach der Ausbildung ausziehen und auf «Wanderschaft» gehen, kommen nach einigen Jahren Berufserfahrung, wenn sich auch ihre Lebenssituation ändert, wieder in den Thurgau zurück. Eine Alumni-Organisation mit ehemaligen Lernenden des Berufsbildungscampus Ostschweiz würde diesen Effekt unterstützen.

**Bei einem Campus denkt man schnell auch an Übernachtungen. Ist das geplant?** Das ist durchaus möglich. Einige Branchenorganisationen, welche heute ausserkantonale ausbilden, haben uns signalisiert, dass sie ihren Ausbildungsstandort in den Kanton Thurgau verlegen, wenn das Projekt realisiert wird. Wenn Lernende von weiter weg die überbetrieblichen Kurse im Thurgau besuchen, dann machen Übernachtungsmöglichkeiten durchaus Sinn.

**Die Matura ist bei Jugendlichen wieder attraktiv geworden. Will der Gewerbeverband mit dem Berufsbildungscampus gegensteuern?** Es geht nicht darum, den einen oder anderen Weg zu bevorzugen oder gegeneinander auszuspielen. Ich sage hier deutlich: Die Wirtschaft braucht Akademiker/innen und Berufsfachleute. Unwahr hingegen ist, dass eine berufliche Karriere mit Chancen auf einen gut bezahlten Job nur mit einem Studium erreicht werden kann. Ich kenne genügend Persönlichkeiten in leitender Funktion, die mit einer Lehre ins Berufsleben eingestiegen sind.

**Wo steht das Projekt? Wann ist die Eröffnung geplant?** Im ersten Ausbausritt sind aktuell 11 Berufsorganisationen berücksichtigt. Wenn wir die Planung nächstes Jahr abschliessen und mit einer Bauzeit von rund zwei Jahren rechnen, ist eine Eröffnung im Frühjahr 2026 möglich. Danach sind je nach Bedarf weitere Bauetappen vorgesehen.

# Abschied nehmen von drei starken Frauen

Das Schaffen und die Vorreiterrolle von Dr. Brigit Hänzi als erste Thurgauer Grossratspräsidentin, als Kantonsrätin, als Gerichtspräsidentin und als kommunale Politikerin sind eindrücklich.

Brigit Hänzi, geboren am 3. März 1946, verbrachte ihre Jugendzeit in Dozwil und Amriswil und zog kurz vor der Matura nach Frauenfeld. Ihr Jus-Studium an der Universität Zürich finanzierte sie mit Sekretärinnen-Jobs fast vollständig selbst. Nach kurzem Einsatz beim Bezirksgericht Andelfingen wirkte sie bis zum Anwaltsexamen im Mai 1973 am Thurgauer Obergericht als Praktikantin und Gerichtsschreiberin – seinerzeit allesamt reine Männergremien. 1978 promovierte sie mit dem Thema «Die Rechtsstellung der Konkursverwaltung nach schweizerischem Recht».



Dr. Brigit Hänzi

Selbständig, willensstark, kompetent und voller Schaffenskraft – diese Eigenschaften führten sie auch in der Politik zum Erfolg. Von 1974 bis 1983 präsidierte sie die Freisinnige Frauengruppe Frauenfeld, 1979 folgte die Wahl in den Gemeinderat Frauenfeld, 1980 in den Thurgauer Grossen Rat, 1981 übernahm sie das Präsidium des Thurgauischen Gemeinnützigen Frauenvereins, 1985 als erste Frau dasjenige des Grossen Rates. Dieses Präsidialjahr bereitete ihr ausserordentliche Freude – auch mit all den Kontakten, Anlässen und fröhlichen Abenden.

Ende 1985 nominierte die FDP Brigit Hänzi, um den frei werdenden Regierungsratssitz zu verteidigen. Es kam zur Kampfwahl mit dem damaligen Bauernsekretär Hermann Bürgi, ihrem ehemaligen Schul- und Klassenkameraden und Kronprinzen der SVP. «Echte Wahl – fairer Kampf» titelte die «Thurgauer Zeitung». Die Emotionen im Kanton gingen gewaltig hoch. Parteiexponenten fragten etwa, ob das Justizdepartement für eine Frau nicht zu hart sei. Im zweiten Wahlgang unterlag Brigit Hänzi. Gehässigkeiten während und nach der Wahl nahmen ihr die Freude an der Politik. 1998 wechselte sie nach 18 Jahren Ratstätigkeit ins Richteramt.

Der Bezirk Frauenfeld wählte sie glanzvoll als Gerichtspräsidentin. Mit voller Kraft kämpfte sie für das neue Ehe- und Familienrecht und verfasste hierzu eine fundierte Wegleitung. Anlässlich ihres 25-Jahr-Dienstjubiläums erhielt sie vom damaligen Justizdirektor Roland Eberle in der «Leuentatze» einen symbolischen Blumenstrauss: Sie sei kompetent und umsichtig und wisse das Gericht mit der notwendigen Menschlichkeit zu führen.

Im Mai 2008 hatte sie ihren letzten Arbeitstag und freute sich auf die freie Zeit, um ihre kreative Seite mehr zu leben – und entsprechend ihrem warmherzig mütterlichen Wesen ehrenamtlich tätig sein zu können. Italien, seine Kultur und die Weite und Ruhe des Bodensees wärmten ihre Seele, als sie mit der heimtückischen Krankheit kämpfte, die sie vor zwölf Jahren befallen hatte und der sie am 21. Januar dieses Jahres erlag. Brigit Hänzi bleibt in Erinnerung als geradlinige Kämpferin und grossherzige Förderin von Frauen und generell von jungen Leuten, namentlich einer Heerschar von Gerichtspraktikanten.

Elisabeth Thürer

Wir danken allen drei Frauen für das Geleistete  
und sprechen den Angehörigen unser Beileid aus.  
FDP.Thurgau.

## Flandrina von Salis



Abschied nehmen mussten wir Ende Januar leider auch von Flandrina C. von Salis. Mit Mut und Tapferkeit ist unsere langjährige Vizepräsidentin der unheilbaren Krankheit ALS entgegengetreten. Ihre Kraft und Selbstbestimmtheit auf dem sehr steinigen Weg ihrer letzten Lebensmonate waren beeindruckend. Gut einen Monat nach ihrem 62. Geburtstag wurde sie von ihrem körperlichen Leiden erlöst. Flandrina von Salis setzte sich vielseitig für die FDP ein. Als sehr engagiertes Mitglied, während neun Jahren als Parteileitungsmitglied und als Vizepräsidentin unserer Kantonalpartei. Über viele Jahre prägte sie die Fachgruppe «Gesundheit» und übernahm Verantwortung in der kommunalen Politik. (mtb)

## Lina Stoll



Menschen wie Lina Stoll stehen nicht im Mittelpunkt. Sie arbeiten still und kraftvoll im Hintergrund. Sie setzen sich in ihrem Beruf tagtäglich mit grossem Herzblut ein und unterstützen in der Politik Amtsträgerinnen und Amtsträger uneigennützig mit Taten und Empathie. Lina Stoll war eine solche. Als selbständige Coiffeuse ermöglichte sie ihren Kindern mit enormem Fleiss Hochschulausbildungen. Bis kurz vor ihrem 90. Lebensjahr nahm sie gerne an FDP-Veranstaltungen teil. So auch an unserer Herbsttagung, wo sie – wie auf dem Bild – mit Bundesrat Ignazio Cassis und dem damaligen Parteipräsidenten David H. Bon engagiert diskutierte. Lina Stoll war eine durch und durch Liberale und lebte dies jahrzehntelang eindrücklich vor. (mtb)





## Wir bauen Brücken, nicht Mauern

Die FDP-Fraktion arbeitet für tragfähige Lösungen – während andere poltern, spalten, attackieren und lamentieren. Auf Eigenverantwortung, nicht Verbote setzen. Die Liberalen wehren sich gegen Bevormundung, Bürokratie und erstarrte Strukturen und setzen sich für Nachhaltigkeit durch Fortschritt ein.

### Mehr Qualität und schlanke, effiziente Strukturen

«Fachkommissionen» für wichtige, aktuell übergeordnete Themen, «Spezialkommissionen» für Gesetzgebungsprozesse und «Ständige Kommissionen» für Aufsichtsfunktionen; so stellt sich die FDP-Fraktion das künftige Kommissionssystem des Kantonsrates vor. In der vom Büro des Grossen Rates lancierten Vernehmlassung zu Anpassungen in der Geschäftsordnung (GOGR) hielt die FDP-Fraktion fest, dass die Qualität in der Rats- und Kommissionsarbeit mit neu befristet eingesetzten, zusätzlichen Fachkommissionen durch klar definierte Aufträge und Ziele erhöht würde. Eine Aufblähung des Systems lehnte die FDP-Fraktion jedoch entschieden ab. Das Büro des Grossen Rates empfiehlt die Überarbeitung des Kommissionssystems im Sinne der FDP.

### Versorgungssicherheit und Erneuerbare Energie

Die von der FDP-Fraktion lancierte und von 100 Parlamentsmitgliedern mitunterzeichnete Interpellation mit acht brennenden Fragen zur «Verfügbarkeit von erneuerbarer Energie im Thurgau» löste im Grossen Rat lange Diskussionen aus. Die Antwort des Regierungsrates ist ernüchternd. Langatmige Bewilligungsverfahren? Gesellschaftsproblem? Es scheint auch in naher Zukunft wenig Möglichkeiten zu geben, dass der Thurgau einen markanten Anteil zur Deckung des eigenen Energiebedarfs leisten kann. Die FDP-Fraktion wird sich an der Fraktionsklausur von Mitte Mai eingehend mit dem Thema befassen.

### Zukunftsprojekt – ein starker Wirtschaftsstandort

Die Standortentwicklung Wil West steht für eine nachhaltige Stärkung der Region als Wirtschafts-

standort und eine umweltverträgliche Verkehrssituation. Die Konzentration von Arbeitsplätzen entspricht der heutigen Raumplanung. Die FDP-Fraktion unterstützt das zukunftsgerichtete Generationenprojekt und stimmte im Rat geschlossen für die Netzbeschlüsse zur Dreibrunnenallee und zu den neuen Fuss- und Radwegen. Denn Langsamverkehr Wohnort–Arbeitsplatz–Wohnort ist die Zukunft.

### Digitalisierung – es gibt noch Baustellen

Der Kanton Thurgau ist auf dem Weg zu einer belastbaren Kommunikationsinfrastruktur, hat aber noch einige Baustellen offen. Die Beantwortung des überparteilichen, von FDP-Kantonsrätin Kristiane Vietze lancierten Vorstosses «Digitale Infrastruktur im Thurgau» hat rund ein Jahr gedauert. Dies zeigt die Vielschichtigkeit des Themas auf, dessen sich der Kanton im Zusammenspiel mit Bund, Gemeinden und privaten Anbietern angenommen hat. Eine grosse Hürde für eine belastbare und effiziente Kommunikationsinfrastruktur sind nach wie vor Bedenken gegenüber neuen Technologien, insbesondere gegenüber der 5G-Technologie. «Digitalisierung» ist das zweite Schwerpunktthema an der Fraktionsklausur von Mitte Mai.

### Innovation und Fortschritt – der Kanton Thurgau muss aufholen

Einen Teil der exorbitanten Überschüsse aus der Staatsrechnung in den Wirtschaftskreislauf zurückgeben und die deutlich unter dem schweizweiten Durchschnitt liegende Innovationsfähigkeit des Kantons Thurgau nachhaltig verbessern: Die von FDP-Kantonsrätin Martina Pfiffner Müller einge-

reichte Motion «Einrichtung eines kantonalen Fonds für Innovation und Fortschritt» mit Erstunterzeichnenden aus sieben Parteien wird demnächst im Grossen Rat behandelt. Der Regierungsrat empfiehlt die Erheblicherklärung der Motion.

**Anders Stokholm, Fraktionspräsident**  
**Gabriel Macedo, Parteipräsident**

### «Sathure – Satirisches aus dem Grossen Rat»

Zurück zur Normalität der kurzen Wege und grossen Nähe

Corona ist vorbei, auch für den Grossen Rat. Rüegerholzhalle als Tagungsort ist Geschichte, Bürgersaal Rathaus Frauenfeld ist wieder angesagt. Jetzt muss die Kantonsrätin, der Kantonsrat auf dem Weg zum Redner/-innenpult nicht mehr einen Spurt durch die ganze Halle hinlegen. Die Ratspräsidentin kann sich ermahnende Worte an schlurfende Ratsmitglieder, die den Ratsbetrieb unnötig mit Schneckentempo in die Länge ziehen, ersparen. Und sie muss nicht mehr zur Ruhe rufen, weil sich ein Ratsmitglied kurz, aber lautstark mit seinem viele Meter entfernten Sitznachbarn absprechen muss.

Ab sofort gilt wieder echt Thurgau: kurze Wege und grosse Nähe. Im sechs Mal kleineren Bürgersaal sind auch die Wege sechs Mal kürzer. So müssen die Redner/-innen jetzt aufpassen, dass sie nicht der Vorrednerin ins Wort fallen. Und damit der Sitznachbar sich keinen Tinnitus bei der Absprache einfängt, muss man in den Flüsterton verfallen. Sollte man aber meinen, dass jetzt das Stimmenauszählen schneller geht, weil die Stimmzählerinnen und -zähler nicht mehr durch die Reihen fetzen müssen, hat man weit gefehlt. Zwischen den Reihen gibt es kaum noch Platz, sodass sie sich mühsam durchquälen müssen. Neues Kriterium für die Eignung als Stimmzählende also: minimal 190 cm gross und einen BMI von höchstens 15.

Die grösste Umgewöhnungsleistung muss aber am Verpflegungsstand erbracht werden. Hier muss man tatsächlich wieder etwas zahlen und

kann sich nicht mehr für die nächsten drei Tage gratis ernähren.



Anders Stokholm

Die Liste zu den Vorstössen der letzten Monate finden Sie auf Seite 11.

# #Friede #Solidarität #Völkerrecht

Wir engagieren uns für Sicherheit und Frieden der Menschen

Das Leiden der Menschen in der Ukraine ist unbeschreiblich gross. Machtlos, aber nicht tatenlos, steht die Welt der unfassbaren Aktualität gegenüber. FDP-Mitglieder setzen sich ein, wo sie nur können. So etwa mit der Gründung von Netzwerken, mit Hilfstransporten an die ukrainische Grenze, mit Sammelaktionen und mit der aktuellen Integration ukrainischer Flüchtlingskinder in den Schulalltag.

## Sammeln und liefern vor Ort

3280 Kilometer in zwei Tagen haben Freddy und Ivet Abegg zurückgelegt. Mit Kinderkleidern, Decken, Windeln, weiteren Hygieneartikeln, Nahrungsmitteln für Mensch und Tier in einem vollgepackten Lieferwagen fuhren sie nach Przemysl an die polnisch/ukrainische Grenze. «Was dann noch fehlte, haben wir schliesslich in vier grossen Einkaufstouren in Polen besorgt», sagt Freddy Abegg. Zwei Tage später bediente das engagierte Wirtepaar schon wieder die Gäste im eigenen Restaurant «Lamm» in Schlatt. «Man muss einfach helfen, wo man kann. Die Unterstützung, die wir vor unserer Abreise erfahren durften, war riesig und wir sind sehr dankbar, dass sich so viele Menschen solidarisch zeigen», sagt das engagierte FDP-Mitglied.

## Netzwerke entdecken und nutzen

Schnell gehandelt hat auch Reto Brunschweiler. In seiner Funktion als aktueller Vorsitzender der Frauenfelder Interpartei sah er sich in der Pflicht, zeitnah

unkomplizierte Angebote für Flüchtlinge, aber auch für die helfende Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. «Unterschiedliche Parteien haben unterschiedliche Netzwerke, auf die sie greifen können, und daraus ergeben sich Multiplikatoren», erklärt Reto Brunschweiler, Präsident der FDP Frauenfeld. Mit dem eiligst gemeinsam mit allen Ortsparteien ins Leben gerufenen Projekt «Netzwerk-Frauenfeld.ch» können sich noch viele weitere kleine Türen öffnen. «Das grosse Engagement unserer Bevölkerung wollen wir unterstützen, indem wir bestehende Angebote von Vereinen und Privaten koordiniert zusammenfügen und auf einer Plattform anbieten.» Für das FDP-Gemeinderatsmitglied ist wichtig, dass damit Lücken geschlossen werden können. Gefragt sind unter anderem auch Personen für Übersetzungsdienste, Begleitung, Sportanimation.

## Flüchtlingskindern eine Struktur bieten

Seraina Perini reagierte rasch. «Als wir erfuhren, dass der erste Bus mit Flüchtlingskindern aus der

Ukraine auf dem Weg nach Kreuzlingen ist, wollten wir keine wertvolle Zeit verlieren», blickt die Präsidentin der Kreuzlinger Schulen zurück. Im Fokus: den Ankommenden schnellstmöglich Strukturen und einen Tagesablauf ermöglichen. Die seit vier Jahren bestehende Integrationsklasse habe sich dabei als Glücksfall erwiesen. «Damit waren wir schnell einsatzbereit.» Dank einer im nächsten Umfeld verfügbaren Übersetzerin funktionierte die Kommunikation und im Estrich des Felsenschlössli-Schulhauses konnten wir in sehr kurzer Zeit ein zusätzliches Schulzimmer einrichten. Dass alles so unkompliziert über die Bühne ging und trotz der ohnehin schon knappen Raumressourcen von den Schulleitungen, Lehrpersonen, Liegenschaftsverantwortlichen bis zu den Sekretariatsangestellten alle vom ersten Moment mitgezogen und ihr Bestes gegeben haben, ist nach den zwei sehr belastenden Jahren unter schwierigen Corona-Bedingungen nicht selbstverständlich», zeigt sich Seraina Perini dankbar. In der Zwischenzeit sind bereits 20 ukrainische Kinder in Kreuzlingen eingeschult worden. Für die nächste Phase, welche demnächst startet, konnte die Kreuzlinger Schule pensionierte Lehrpersonen, angehende Lehrpersonen und Ukrainisch sprechende Klassenassistenten, in einem Fall mit dem Schutzstatus S, gewinnen.

## Den Werkhof als Sammelstelle nutzen

«Das menschliche Leid macht uns alle sehr betroffen», sagt René Walther. Deshalb startete die Gemeinde Münsterlingen sogleich einen Aufruf. «Wir wurden mit Hilfslieferungen überannt und unser Werkhof platzte innerhalb von wenigen Stunden aus allen Nähten», blickt der Gemeindepräsident zurück. Zusammen mit Freiwilligen habe raschestmöglichst alles verpackt und die Transporte an die Grenze organisiert werden können. Die ankommende Gruppe von handicapierten Menschen fand in der Mansio-Stiftung in Münsterlingen eine vorübergehende Bleibe. «Als Standortgemeinde sind wir verantwortlich. Die Frage der Finanzierung muss noch geklärt werden, aber das schaffen wir», so René Walther, der seinen Mitarbeitenden und der ganzen Bevölkerung ein grosses Kränzchen windet.

## Gemeinsam das Bestmögliche machen

«Wir werden den bevorstehenden anspruchsvollen Weg solidarisch gemeinsam mit den sehr dankbaren ukrainischen Flüchtlingen gehen und helfen, wo wir können», sind sich Freddy Abegg, Reto Brunschweiler, Seraina Perini und René Walther einig.



Freddy Abegg



Reto Brunschweiler



Seraina Perini



René Walther



FDP TG

## Der Thurgau darf nicht abgehängt werden

«Das lassen wir uns nicht bieten»: Nur wenige Tage nachdem klar wurde, dass das Strategische Entwicklungsprogramm (STEP) 2024-2027 des Bundesrates ohne Bodensee-Thurtal-Strasse (BTS) in die Vernehmlassung geht, hat die FDP TG die Petition «BTS umsetzen – jetzt!» lanciert. Nationale Parlamentsmitglieder aus den bürgerlichen Parteien, Parteispitzen

und Vertreter aus Wirtschaftsverbänden machten an der kurzfristig angesetzten Pressekonferenz deutlich, dass sie für die Umsetzung des Volksentscheides von 2012 lautstark kämpfen.

### Bundesrätin enttäuscht

Die erneute Nichtberücksichtigung im STEP erweck-

te bei der FDP Thurgau den Eindruck, als ob sich die Entscheidungstragenden in Bern der Bedeutung der BTS für den Thurgau nicht bewusst wären. Aus diesem Grund wurde Bundesrätin Simonetta Sommaruga zu einem Augenschein vor Ort eingeladen. In ihrem Antwortschreiben an die FDP TG bestätigt Simonetta Sommaruga, dass der Handlungsbedarf unbestritten sei. Jedoch will sich die Bundesrätin im Moment weder die Zeit für einen Besuch im Thurgau noch für ein Gespräch mit einer Thurgauer Delegation in Bern nehmen.

### Unterschriftensammlung bis Ende April

Je breiter die Petition «BTS umsetzen – jetzt» getragen wird, je grösser wird der Druck auf Bundesbern. Die Petition befindet sich in der Schlussphase. Jede Unterschrift zählt! Unterschriftenbogen anfordern 071 672 17 20 oder Petition digital unterzeichnen: Den QR-Code finden Sie auf der Frontseite.



Das Petitionskomitee kämpft hartnäckig für die BTS.

BP Arbon und Weinfelden

## Die BTS gehört in das STEP

Das kurz zuvor in die Vernehmlassung geschickte Strategische Entwicklungsprogramm (STEP) 2024-2027 – ohne BTS – verliert der bereits vor einem Jahr geplanten Veranstaltung höchst aktuellen Charakter. 300 Interessierte folgten der Einladung der FDP-Bezirkspräsidenten Philipp Gemperle und Andreas Opprecht: «Zehn Jahre nach dem Volksentscheid wollen wir endlich wissen, wie es mit der BTS weitergeht.» Moderator Philipp Gemperle führte den Ständeratsmitgliedern Brigitte Häberli und Jakob Stark, den Regierungsmitgliedern Carmen Haag und Walter Schönholzer, den Wirtschaftsvertretern Andrea



BTS-Podium mit über 300 Interessierten.

Roth und Beat Hirt sowie Kantonsrat Toni Kappeler und alt Kantonsrat Peter Gubser auf den Zahn. «Die BTS ist das Resultat einer jahrelangen, modellhaften und ganzheitlichen Planung. Alle Raum- und Umweltthemen sind berücksichtigt und aufeinander abgestimmt», so Regierungsrätin Carmen Haag. Während die Vertreter aus dem linken Lager keinen Handlungsbedarf sehen, waren sich die bürgerlichen Podiumsteilnehmenden einig: «Jetzt den Volksentscheid umsetzen. Die lärmgeplagte Bevölkerung und stark betroffene Wirtschaft endlich entlasten. Wir bleiben hartnäckig dran.»

BP Arbon

## Grossandrang am Messestand

Die Bezirkspartei Arbon nahm erfolgreich an der Messe am See in Romanshorn teil. Im Fokus: mit unterschiedlichen Menschen ins Gespräch kommen, Aktuelles diskutieren und Unterschriften sammeln für die Petition «BTS umsetzen – jetzt» und die Volksinitiative «Zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung». Besonders beliebt am FDP-Stand waren auch die virtuellen Ballonfahrten durch die Schweiz. Der Einsatz hat sich gelohnt. Der Andrang an der Messe und das Interesse der Bevölkerung waren sehr gross.



OP Arbon

### René Walther bringt beste Voraussetzungen mit

Die FDP Ortspartei Arbon freut sich, dass sich mit René Walther ein sehr fähiger und erfahrener Gemeindepräsident als Arboner Stadtpräsident zur Verfügung stellt. Der 52-Jährige ist seit 11 Jahren Gemeindepräsident von Münsterlingen und seit 2016 Mitglied des Grossen Rates. Die Ersatzwahl findet am 15. Mai 2022 statt.



René Walther

OP Kreuzlingen

### Steuersenkungen beantragt

Ein Thema beschäftigt die FDP Kreuzlingen seit längerer Zeit: tiefere Steuern und ein ausgeglichenes Budget. Dem Antrag von Gemeinderat Alexander Salzmann ist die Generalversammlung der FDP Kreuzlingen gefolgt. Der Steuerfuss soll auf maximal 64 Prozent festgelegt werden. Zudem will sich die FDP diesen September an den Stadtratswahlen beteiligen. Bereits jetzt einstimmig nominiert für die Bestätigung als Kreuzlinger Stadtpräsident ist Thomas Niederberger. Derweil Susan Danubio nach sechs Jahren ihr Amt als Mitglied der Sekundarschulbehörde abgibt, möchte Dario Indelicato am 15. Mai mit einer überzeugenden Wahl in ihre Fussstapfen treten. Die frühere engagierte Ortsparteipräsidentin Barbara Jäggi gibt im Vorstand der FDP Ortspartei Kreuzlingen ihr Comeback und bekleidet neu das Amt der Vizepräsidentin.

OP Amriswil

### Ja zum Bushof und Bahnhofplatz

Rund 40 interessierte Mitglieder liessen sich in den Räumlichkeiten der Autokurse Oberthurgauer AG (AOT) und des Strassenverkehrsamtes in Amriswil über Aktuelles informieren. Im Anschluss stellten Stadtpräsident Gabriel Macedo und Manfred Wagner, Leiter der Bauverwaltung Amriswil, das Projekt «Bushof und Bahnhofplatz» vor. Die Amriswiler FDP-Mitglieder stehen geschlossen hinter diesem Zukunftsprojekt und empfehlen, am 15. Mai 2022 ein Ja in die Urne zu legen.

OP Weinfelden

### Martin Brenner in den Stadtrat



Martin Brenner

Die ordentliche Mitgliederversammlung der Weinfelder Ortspartei stand im Zeichen der anstehenden Ersatzwahl für den Stadtrat Weinfelden. Mit dem Rücktritt von Thomas Bornhauser (FDP) wird ein Sitz in der Exekutive frei. Die FDP Weinfelden nominierte Martin Brenner einstimmig für die Ersatzwahl, welche am 15. Mai 2022 über die Bühne geht. Martin Brenner politisiert seit 2009 im Stadtparlament und war 2017/2018 als Gemeinderatspräsident der höchste Weinfelder. Die beruflichen Erfahrungen von Martin Brenner – unter anderem als selbstständiger Unternehmer und Dozent in der Erwachsenenbildung – runden sein Profil ab. Die Volksinitiative «Die Bankstrasse gehört uns allen» lehnt die Ortspartei ab.

OP RegioSee

### Die Zukunft ist jetzt

An der Hauptversammlung der FDP RegioSee standen die Wahl von zwei zusätzlichen Vorstandsmitgliedern sowie der öffentliche Vortrag zum Thema Altersvorsorge im Mittelpunkt. Präsident Dario Zimmermann richtete den Blick nach vorne und bekräftigte, dass sich die Ortspartei RegioSee weiterhin für die Schaffung von attraktivem Wohn- und Gewerbeaum, eine gesunde Finanzpolitik, die Optimierung von Verwaltungsprozessen sowie für die Aufwertung als attraktives Naherholungsgebiet starkmachen will. Frédéric Good aus Landschlacht und André Wittwer aus Güttingen wurden neu in den erweiterten Vorstand gewählt. Im Anschluss an die ordentlichen Geschäfte referierte Kantonalparteipräsident Gabriel Macedo über die grosse Herausforderung «Altersvorsorge». Einen ersten Schritt können die Stimmberechtigten mit einem JA zur AHV 2021 an der Volksabstimmung im September 2022 machen. Nach Gabriel Macedo sind weitere Reformen wie etwa die Umsetzung der von den Jungfreisinnigen eingereichten Renteninitiative unumgänglich.

OP Aadorf

### Eine Stimme für die Jugend



Enrique Castelar

Enrique Castelar setzt sich im Rahmen des Jugendparlamentes Thurgau als Mitglied der Rechnungsprüfungskommission der Schulbehörde Aadorf, als Co-Präsident der Thurgauer Jungfreisinnigen und Vorstandsmitglied der FDP Ortspartei Aadorf bereits jetzt sehr aktiv sein. Nun möchte der 21-Jährige den künftigen Generationen auch im höchsten Gremium der Volksschule Aadorf eine Stimme geben. Die FDP Aadorf empfiehlt Enrique Castelar am 15. Mai 2022 einstimmig zur Wahl.



## Wir gratulieren und danken



**Roland Manser**, a. Kantonsrat, übernimmt das Präsidium der Ortspartei Märstetten und tritt damit in die Fussstapfen von Jürg Hess.



**Regina Ledergerber**, tritt als Präsidentin der Ortspartei Wängi die Nachfolge des langjährigen Präsidenten Ivo Schmid an.



**René Bock**, hat den Erfolg der Thurgauer Kantonalbank als Bankratspräsident während 17 Jahren wesentlich geprägt. Seine Nachfolge tritt Roman Brunner an.

OP Uttwil

## Zu Gast beim Vollblutunternehmer



Daniel Güntzel, Brigitte Kaufmann und Thomas Krois freuen sich über das grosse Interesse.

Was der innovative Gartenbauunternehmer, Reto Schefer, demnächst realisieren wird und welche Hürden er in den letzten 20 Jahren übersprungen hat, verriet der Uttwiler an dem von der FDP Uttwil und Umgebung unter der Führung von Daniel Güntzel organisierten Informationsanlass. Mit kurzen Einblicken in die kantonale und kommunale Politik rundeten Grossratspräsidentin Brigitte Kaufmann und Gemeinderat Thomas Krois den interessanten Abend mit rund 75 Interessierten ab.



### Vorstösse der letzten Monate:

Einfache Anfrage von **Andreas Opprecht** «Spitzenlastkraftwerke – ging die Ostschweiz vergessen?»

Motion «Keine steuerliche Bestrafung von Sanierung und Renovation» u.a. eingereicht von **Daniel Eugster**.

Antrag gemäss § 52 der Geschäftsordnung des Grossen Rates u.a. eingereicht von **René Walther, Anders Stokholm, Cornelia Hasler** u.a. «Erstellung eines Rahmenkonzeptes zur Behindertenpolitik in den Bereichen Wohnen und Arbeiten».

Dringliche Motion «Standesinitiative: Die BTS gehört in den nächsten STEP» u.a. eingereicht von **Gabriel Macedo, Anders Stokholm** und **Martina Pfiffner Müller**.

Motion «Standesinitiative: Den Selbstversorgungsgrad der Schweiz mit Schweizer Zucker erhalten» eingereicht von **Anders Stokholm**.

Motion «Beteiligung der Politischen Gemeinden am Ertrag der Grundsteuern» eingereicht von **Gabriel Macedo**.

Motion «Abschaffung des Obligatoriums der Kirchensteuerpflicht für juristische Personen» eingereicht von **Bruno Lüscher**.

### Parolenfassungen für den 15. Mai:

Die Jungfreisinnigen Thurgau haben folgende Parolen gefasst:



NEIN zur Filmgesetz-Revision:  
Einstimmig – für Qualität statt Pflichtkonsum.



JA zur Revision des Transplantationsgesetzes:  
Einstimmig – Um Leben zu retten.



JA zu Frontex-Schengen:  
Einstimmig mit zwei Enthaltungen – Für Sicherheit, Freiheit und Wirtschaft.

### Sie gehen lieber selbstbestimmt durchs Leben?

Werden Sie jetzt wie Ana Brändli (Bild Titelseite) und weitere FDP-Persönlichkeiten aktiv.

Mehr dazu auf unseren Videos:  
[www.fdp-tg.ch/Videos](http://www.fdp-tg.ch/Videos)

### Agenda:

Unsere nächsten Mitgliederversammlungen finden am 16. Juni, 16. August und 6. Oktober 2022 statt. An der Herbsttagung vom 5. November im Presswerk Arbon ist Thierry Burkart zu Gast.

### Eine wirtschaftsverträgliche Klimapolitik

Das von Hermann Hess, Manfred Irsch und Professor Gerd Ganteför organisierte Symposium vom 13. und 14. Mai 2022 ist ein ideologieneutraler, interdisziplinärer und globaler Ansatz, Lösungen für das Klima- und Energieproblem zu finden. Top-Expertinnen und -Experten aus der Wissenschaft berichten sachlich und allgemein verständlich über die wichtigsten wirtschaftlichen und ökologischen Zusammenhänge. In der abschliessenden Podiumsdiskussion wird nach ganzheitlichen und umsetzbaren Lösungsansätzen Ausschau gehalten. Diese Erkenntnisse sollen einer zielführenden Klimapolitik wertvolle Impulse verleihen. [www.4pi-symposium.com](http://www.4pi-symposium.com)





# «Ich wünsche mir, dass die Fraktion als Team arbeitet»

## Ziele und Vorstellungen des neuen Fraktionspräsidenten

Der Neuenburger Nationalrat Damien Cottier versteht sich als Coach, der auf ein gutes Kollektiv achtet und ein Gleichgewicht zwischen internen Diskussionen und dem Einsatz für gemeinsame Positionen herstellt. Genauso wichtig ist ihm aktive Präsenz der FDP-Parlamentariern in ihren Heimatkantonen.

**Seit deiner Wahl zum Fraktionspräsidenten sind einige Wochen vergangen. Wie hast du diese Zeit erlebt?** Es ist ein neues Kapitel und eine neue Herausforderung. Zehn Tage nach der Wahl begann bereits die Session. Das erforderte gute Vorbereitung und viel Energie. Ich habe aber grosse Freude an meiner neuen Rolle und bin dankbar für das Vertrauen. Mir gefällt, dass man mit allen Fraktionsmitgliedern und Vertretern anderer Fraktionen sowie Bundesräten und externen Vertretern einen regen Austausch pflegt. Das Amt sorgt auch dafür, dass man alle politischen Themen im Blick hat, nicht nur diejenigen der eigenen Kommission.

**Du bist Spezialist für Aussenpolitik. Ist diese breite thematische Abdeckung eine besondere Herausforderung?** Es stimmt, dass ich mich in Aussen-

politik gut auskenne, aber ich bin schon seit 25 Jahren in der Politik und habe mich schon viel mit Bildungs-, Sozial-, Finanzpolitik und Forschungsthemen befasst. Als Mitglied der staatspolitischen Kommission bin ich nun unter anderem für Migrationsthemen, Demokratie und Datenschutz zuständig. Ich finde es wichtig, dass man als Politiker ein Generalist bleibt. Ich kann mich für viele Themen begeistern, deshalb entspricht mir diese Art des Politisierens.

**Nach über 25 Jahren bist du der erste Fraktionspräsident aus der Westschweiz. Was bedeutet das für die Fraktion?** Ich denke, meine Herkunft sollte nicht überbewertet werden. Es gibt seit 50 Jahren Abwechslung zwischen lateinischen und deutschsprachigen Fraktionspräsidenten. Zuletzt hatten wir mit Ignazio Cassis und Fulvio Pelli zwei Tessi-

ner als lateinische Fraktionspräsidenten. Diese Abwechslung ist positiv, weil damit verschiedene Kulturen in den Parteigremien vertreten sind. Die Integration von Minderheiten entspricht auch den Werten der Schweiz – umso mehr, weil 40 Prozent der Fraktionsmitglieder aus der lateinischen Schweiz kommen. Aber am Ende zählt nicht, woher man kommt, sondern ob man die FDP-Werte vertritt und sich für den Zusammenhalt in der Fraktion einsetzt.

**In der FDP-Liberale-Fraktion gibt es traditionell viele unterschiedliche und auch starke Meinungen. Wie gehst du damit um?** Wir sind die Partei der Freiheit. Es ist daher nicht erstaunlich, dass unterschiedliche Positionen existieren, gerade zu Beginn eines politischen Prozesses. Das ist aber nichts Neues! Kurt Fluri erinnerte kürzlich bei der Würdigung des verstorbenen Nationalrats Franz Eng daran, dass es dieselben Diskussionen gab, als Eng Ende der 1970er-Jahre Fraktionspräsident war. Es ist wichtig, dass alle ihre Meinung äussern können. Wir diskutieren, hören einander zu und suchen schliesslich nach einer gemeinsamen Position. Die Einbindung von Haltungen und die Suche nach Gemeinsamkeiten ist typisch Schweiz. Und wenn man

## «Die Schweiz ist fast das einzige Land, in dem man Bundesräte beim Einkaufen oder im Bus trifft.»

sich nicht findet, stimmt man ab. Als Fraktionspräsident will ich in diesen Prozessen ein Gleichgewicht finden.

### Was sind deine Prioritäten als Fraktionspräsident?

Ich entscheide nicht, in welche Richtung sich die Fraktion bewegen soll. Was ich mir wünsche, ist, dass die Fraktion als Team agiert. Wir sind nicht einfach die Summe von 41 Einzelpersonen, sondern ein FDP-Team, das gemeinsame Werte vertritt. Da ähnelt sich die Politik dem Sport. Es braucht einen guten Teamgeist, um zu gewinnen. Deshalb will ich auch Raum schaffen für Diskussionen, wenn es unterschiedliche Meinungen gibt. Kurzum: Meine Priorität ist, dass wir als Team funktionieren und jeder seinen Platz findet.

**Und in diesem Team bist du der Kapitän?** Ich bin eher der Coach, der motiviert, unterstützt, an die gemeinsamen Regeln erinnert und die Arbeit organisiert.

**Nicht nur die Fraktion ist ein Team, sondern auch das Fraktionspräsidium mit Daniela Schneeberger, Hans Wicki und dir. Wie funktioniert die Zusammenarbeit?** Sehr gut! Um es mit einer französischen Redewendung zu sagen: Die Mayonnaise hat sofort gepasst. Hans Wicki ist erfahren, konstruktiv und sehr angenehm im Umgang. Er hat seine Rolle als Präsident der Ständeratsgruppe, die ihre eigene Dynamik und Agenda hat. Die Ständeratsgruppe ist natürlich in die Fraktion integriert, muss aber trotzdem ihre eigene Arbeitsweise bewahren. Über die Wahl von Daniela Schneeberger als Fraktionsvizepräsidentin habe ich mich sehr gefreut. Sie übt ihre Aufgabe mit viel Dynamik, Erfahrung und Loyalität aus und zeigt grosses Engagement. Was nicht zu unterschätzen ist: Beide haben einen tollen Sinn für Humor. Wir bilden sicher ein gutes Team.

**Wir befinden uns in der zweiten Hälfte der Legislatur. Was sind deine Ziele mit der Fraktion bis zum Legislaturende?** Wir wollen den bisherigen Weg fortsetzen und die Ziele weiterverfolgen, die wir



Damien Cottier wurde 2019 in den Nationalrat gewählt, zuvor war er persönlicher Mitarbeiter von Bundesrat Didier Burkhalter. Als Fraktionspräsident versteht sich Damien Cottier als Coach der Fraktion. Fotos: Désirée Dittes

uns zu Legislaturbeginn gesetzt haben. Die Themen Sicherheit und Energieversorgung bleiben zentral. Zudem haben diese Themen aufgrund der Aktualität an Bedeutung gewonnen und die FDP ist hierbei glaubwürdig. Selbstverständlich hat auch die Sicherung der Altersvorsorge hohe Priorität und wirtschaftliche Fragen bleiben das Kerngeschäft der FDP. Wirtschaftliche und steuerliche Massnahmen, um die Gründung von Unternehmen zu erleichtern, Innovation zu ermöglichen und Arbeitsplätze zu schaffen, sind eine Daueraufgabe, die von uns ständig vorangetrieben wird. Diese Anstrengungen der FDP sind nicht neu, gewinnen durch die Aktualität aber noch an Gewicht. Es liegt an uns, unsere Arbeit im Parlament in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Die Fraktion hat dabei eine Scharnierfunktion. Wir können die Parteistrategie in die parlamentarische Arbeit aufnehmen.

**In eineinhalb Jahren finden die eidgenössischen Wahlen statt. Was kann die FDP-Liberale-Fraktion beitragen, damit die FDP gewinnt?** Weiterarbeiten wie bisher und unsere Tätigkeit im Parlament noch besser bekannt machen. Zudem bin ich überzeugt, dass die lokale Verankerung wichtig ist. Wir haben zuletzt in verschiedenen Kantonalwahlen gute Ergebnisse erzielt. Dabei ist es wichtig, dass die nationalen Parlamentarierinnen und Parlamentarier auch mit der Bevölkerung in Kontakt treten, Flyer verteilen und bei der Unterschriftensammlung für die Individualbesteuerung mitmachen. Die gewählten FDP-Vertreter kennen die Bevölkerung und können ihre Anliegen weitertragen. Die Fraktionsmitglieder sollten daher in ihren Kantonen am wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben

teilnehmen und bei den Aktivitäten ihrer Kantonalpartei präsent sein.

**Die Nähe zwischen Politik und Bürger ist also ein Vorteil?** Absolut. Die Schweiz ist fast das einzige Land, in dem man Bundesräte beim Einkaufen oder im Bus trifft. Gleiches gilt für die Parlamentarier, die man in ihrer Heimat problemlos ansprechen kann. Das ist äusserst wertvoll. So haben die Menschen das Gefühl, gehört zu werden und dass ihre Meinung ernst genommen wird. Zu diesem Dialog müssen wir Sorge tragen.

**Zwischen 2001 und 2005 warst du Fraktionspräsident der FDP im Neuenburger Kantonsparlament. Hilft dir die Erfahrung aus dieser Zeit heute?** Natürlich, es ist exakt dasselbe (lacht). Ernsthaft: Im Bundesparlament ist die Organisation etwas komplizierter. Es gibt zwei Kammern und mehrere Sprachen, aber am Ende ist die Arbeit ähnlich. Ich muss dafür sorgen, dass die Diskussionen intern geführt werden, die Fraktion geeint ist und mit anderen Fraktionen für Mehrheiten kämpfen. Auch wenn es Unterschiede gibt, ist die Arbeit eines Parlaments im Grundsatz überall gleich.

**In der jüngeren Vergangenheit wurden mit Pascal Couchepin und Ignazio Cassis zwei Fraktionspräsidenten Bundesrat. Ist das auch eine Option für dich?** Ein Blick auf die Galerie ehemaliger Fraktionspräsidenten zeigt, dass die meisten nie Bundesräte geworden sind. Die Frage stellt sich daher nicht. Wir verfügen über zwei hervorragende Bundesräte, die noch lange im Amt bleiben.

**Interview: Marco Wölfli**



## Interview

Thierry Burkart freut sich über die freisinnigen Erfolge der letzten kantonalen Wahlen.

Foto: Sophie Brasey



Nach etwas mehr als einem halben Jahr im Amt zieht Parteipräsident Thierry Burkart eine Zwischenbilanz und spricht über seine Besuche an der Basis, Erfolge in kantonalen Wahlen und liberale Antworten auf aktuelle Herausforderungen.

**Seit gut sechs Monaten bist du nun Präsident der FDP Schweiz. Wie lautet deine Zwischenbilanz?** Es freut mich, dass die FDP in den letzten Wochen wichtige Themen lancieren konnte. Die anderen Parteien fühlen sich aus der Reserve gelockt, die Medien nehmen unsere Themen auf. Kurz: Man spricht über uns. Wir prägen damit die Politik unseres Landes – so muss es sein. Unsere Positionen sind klar und verständlich. Wir reden mit klarer Kante.

Erfreulich ist auch, dass wir die parteiintern schwierigsten Themen bereinigen und uns jeweils einstimmig auf eine gemeinsame Linie verständigen konnten. Sei es bei unserer Position im Bereich CO<sub>2</sub> bzw. Klima, der Stromversorgungssicherheit und Technologieoffenheit oder der Reform der Altersvorsorge. Zur Europapolitik haben wir soeben

ein Positionspapier erarbeitet. Es wird an der Delegiertenversammlung vom 25. Juni verabschiedet. Damit schliessen wir rund eineinhalb Jahre vor den eidgenössischen Wahlen die Reihen. Das macht mich zuversichtlich, denn will sich die FDP für die notwendigen Reformen mit mehrheitsfähigen Lösungen aktiv einbringen, ist Geschlossenheit eine zentrale Voraussetzung.

**Du hast bereits zahlreiche Parteianlässe besucht. Was für eine FDP hast du angetroffen?** In der Tat durfte ich bereits viele Anlässe in den Kantonal-, Bezirks- und Ortsparteien besuchen – und Bratwürste, Raclettes und Fondues im ganzen Land geniessen! Spass beiseite, es ist schon eindrücklich zu beobachten, mit wie viel Motivation, Begeisterung und Tatendrang sich Freisinnige im ganzen Land

für das liberale Gedankengut einsetzen. Das gibt mir den Ansporn, jeden Tag für die FDP mein Bestes zu geben. Denn wir sind eine breit aufgestellte Volkspartei. Die Vielfalt an Meinungen ist eine echte Chance, die es zu nutzen gilt.

**Hat sich das Modell mit dem fünfköpfigen Präsidium bewährt?** Sehr! Als ich mir im letzten Sommer die Präsidiumskandidatur überlegte, war für mich schnell klar, dass es ein starkes Team braucht. Umso glücklicher bin ich heute, Andrea, Philippe, Johanna und Andri an meiner Seite zu wissen. Wir harmonieren und ergänzen uns hervorragend. Sie unterstützen mich in meiner Führungsaufgabe, denn sie verantworten je eigene Ressorts. An dieser Stelle spreche ich dem Vizepräsidium meinen herzlichen Dank aus.

**In den letzten Wochen fanden in vier Kantonen Wahlen statt. Was kann die FDP Schweiz davon mitnehmen?** Die Wahlergebnisse dürfen uns zuversichtlich stimmen. Die Wahlen sind erfreulich ausgefallen, auch wenn wir da und dort einen Dämpfer hinnehmen mussten. Lediglich in Bern verloren wir ganz leicht, erzielten bei den Regierungsratswahlen aber ein hervorragendes Ergebnis. In Obwalden legten wir drei Sitze zu. Im Nidwaldner Parlament bleiben wir deutlich stärkste Partei. Weiter holten wir in der Waadt gleich drei Regierungssitze und legten überdies im Parlament einen Sitz zu – wir halten nun 50 der 150 Sitze! Ebenso konnten wir bei den Gemeindewahlen in Zürich Sitze dazugewinnen – sogar in den Städten Zürich und Winterthur. Wir können feststellen: Nach den früheren Wahlverlusten geht es jetzt wieder aufwärts!

**In eineinhalb Jahren wird auf nationaler Ebene gewählt. Was braucht es, dass die FDP die Wahlen gewinnt? Ein spezielles Thema oder Argument, um zu überzeugen, für die FDP zu stimmen?** Wir fahren ganz einfach fort wie begonnen – vorausschauend denken, mit klarer Kante reden und glaubwürdig handeln. Es gilt, den Menschen in diesem Land aufzuzeigen, für welche Werte die FDP steht: Freiheit, Gemeinwohl, Fortschritt.

Unsere Schweiz ist eine Erfolgsgeschichte, die auf einer liberalen Politik beruht. Deshalb gibt es nur eine liberale Stimme, und das ist die FDP. Heute wird oft zu schnell nach dem Staat gerufen. Diese schnellen und vermeintlich einfachen Lösungen führen oft dazu, dass sie kompliziert werden und neue Nachteile entstehen. Hier braucht es die FDP mit ihren liberalen Antworten. Gemeinsam erarbeiten wir gute, tragfähige und nachhaltige Wege für die anstehenden Herausforderungen.

**Interview: Gabrielle De Simone**



Die bürgerliche Allianz zahlte sich in der Waadt aus.

Von links: Valérie Dittli (Die Mitte, neu gewählt), Michaël Buffat (SVP, nicht gewählt), Christelle Luisier (FDP, wiedergewählt), Isabelle Moret (FDP, neu gewählt) und Frédéric Borloz (FDP, neu gewählt).



# Intensiver Wahl-Frühling

Rückblick auf die Wahlen in BE, VD, NW und OW

In den vier kantonalen Wahlen, die im März und im April stattgefunden haben, resultierten für die FDP insgesamt solide Ergebnisse. Neben Sitzgewinnen in den Parlamenten von Waadt und Obwalden waren insbesondere die Waadtländer Regierungswahlen ein grosser Erfolg.

In den letzten Wochen fanden in Bern, Waadt, Nidwalden und Obwalden kantonale Wahlen statt. Aus Sicht der FDP gab es verschiedene positive Resultate, aber auch vereinzelte Enttäuschungen. So musste die FDP im Kanton Bern den Verlust von zwei Sitzen bei den Grossratswahlen hinnehmen. Parteipräsident Stephan Lack begründet das Resultat unter anderem mit Proporzpech: «2018 hatten wir etwas Proporzglück und gewannen drei Restmandate. Dieses Jahr haben wir insgesamt leicht verloren und hatten dazu noch etwas Proporzpech: Beide Sitzverluste waren recht knapp, zudem wurde ein Sitzgewinn im Wahlkreis Emmental nur knapp verpasst.» Ausgesprochen erfreulich verliefen die Regierungswahlen im zweitgrössten Kanton. Der bisherige Sicherheitsdirektor Philippe Müller erzielte das zweitbeste Ergebnis aller Kandidaten und half mit, die bürgerliche Regierungsmehrheit zu sichern.

### Wahlkampf dauert vier Jahre

Stephan Lack, dem selbst die Wahl in den Grossen Rat gelang, erlebte einen intensiven und engagierten Wahlkampf. Für die Zukunft ortet er dennoch Verbesserungspotenzial: «Auf mittlere Sicht muss es uns gelingen, die Sektionen und die Kreise wieder zu stärken und neue Mitglieder an der Basis zu gewinnen. Der Wahlkampf dauert eben nicht nur

vier Monate, sondern vier Jahre. Sehr wichtig ist auch, dass es in Zukunft noch konsequenter gelingt, dass sämtliche relevanten Gemeinden ihre bekanntesten Persönlichkeiten auf der Liste haben und die Nachfolgeplanung für die abtretenden Grossrätinnen und Grossräte zeitlich optimal koordiniert wird.» In den kommenden vier Jahren will sich die FDP im Kanton Bern weiterhin für gute Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gewerbe einsetzen.

### Toller Erfolg in der Waadt

In der Waadt war die FDP vor den Wahlen die stärkste Partei und konnte diese Position erfolgreich verteidigen. Dank einem Sitzgewinn bei den Grossratswahlen hält die FDP Waadt nun 50 von 150 Sitzen im Kantonsparlament. Die Grundlagenarbeit für den Wahlerfolg begann bereits im vergangenen Sommer, erklärt Parteipräsident Marc-Olivier Buffat. Dazu kam ein Programm mit Fokus auf die Schwerpunktthemen Verantwortung, Verkehrspolitik und Ausbau von erneuerbaren Energien. Zudem rückte die FDP Waadt die Steuerpolitik ins Zentrum. Auch das Bündnis «l'alliance vaudoise», das mit SVP und Die Mitte für die Staatsratswahlen gebildet wurde, half der FDP, sagt Buffat: «Das Bündnis hat uns auch in den Grossratswahlen viel gebracht, weil es die Kräfte gebündelt

hat. Dazu haben unsere 150 Kandidatinnen und Kandidaten intensive Mobilisierung betrieben.» Die Waadtländer Allianz hat bei den Staatsratswahlen gut funktioniert. Die bisherige FDP-Staatsrätin Christelle Luisier schaffte die Wiederwahl im ersten Wahlgang. Im zweiten Wahlgang gelang auch Isabelle Moret und Frédéric Borloz den Sprung in die kantonale Exekutive. Damit verteidigte die FDP die Sitze der zurückgetretenen Regierungsräte Philippe Leuba und Pascal Broulis.

Als grösste Partei des Kantons will die FDP in der nächsten Legislatur einiges bewegen. «Vielen Unternehmen fehlt es an qualifizierten Fachkräften, da besteht Handlungsbedarf. Zudem wollen wir verschiedene Steuerreformen voranbringen und in der Energiepolitik die Investitionen in erneuerbare Energien fördern», so Buffat. In den Wochen vor den Wahlen waren die FDP-Kandidaten im ganzen Kanton präsent und steckten viel Energie in die Kampagne. Für den Präsidenten ein wichtiger Effort: «Es braucht eine Politik vor Ort und persönliche Auftritte an Veranstaltungen, Kongressen, Messen und Volksfesten. Dadurch bringen wir die Menschen zusammen und vermitteln unsere freisinnigen Werte.»

### Sitzgewinne in Obwalden

Im Gegensatz zu den Erfolgen in der Waadt präsentiert sich die Sachlage in der Zentralschweiz durchgezogen. In Nidwalden gelang es der FDP nicht, den Sitz des zurückgetretenen Regierungsrats Alfred Bossard zu verteidigen. Die Wiederwahl schaffte hingegen Joe Christen. Im Landrat verlor die FDP einen Sitz, bleibt aber die stärkste Partei. In Obwalden verpasste die bisherige Regierungsrätin Maya Büchi-Kaiser die Wiederwahl nach einer persönlichen Kampagne gegen ihre Person. Diese Enttäuschung wurde zumindest teilweise durch das gute Resultat bei den Kantonsratswahlen kompensiert. Dort gewann die FDP drei zusätzliche Sitze und besetzt nun 11 der 55 Sitze im Parlament. Parteipräsidentin Carola Weiss zieht daher ein positives Fazit: «Der Wahlkampf war wirklich toll und die FDP zeigte viel Präsenz. Die frühe Vorbereitung hat sich gelohnt.» Im Kantonsrat agiert die FDP künftig als grösste Oppositionspartei und will angriffig politisieren. «Wir werden insbesondere die Mitte in die Pflicht nehmen und vor allem die Finanzpolitik ganz genau beobachten», kündigt Weiss an. Zudem will die FDP Obwalden noch stärker in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden und die Kommunikation verbessern. Dazu gehört auch eine engere Zusammenarbeit mit der FDP Nidwalden. Schliesslich ist nach den Wahlen auch vor den Wahlen. In zwei Jahren finden kommunale Wahlen statt und die FDP peilt zusätzliche Gemeinderatssitze an.

Marco Wölfli



# Ukraine-Krieg überschattet Session

## Rückblick auf die Frühlingsession

Die FDP konnte im Umgang mit Gentechnik nach Jahren des Stillstands im Parlament endlich einen Fortschritt vermelden. In anderen Themen hatten es liberale Positionen schwer. Doch das Hauptthema der abgelaufenen Session war der Ukraine-Krieg, der den Kontinent erschüttert.

Der russische Angriff auf die Ukraine hat unbestritten die ganze Frühlingsession überschattet und alles andere in den Hintergrund gerückt. Diese eklatante Verletzung des Völkerrechts, der Souveränität und der territorialen Integrität eines demokratischen Landes hat unseren Kontinent sowie die ganze Schweizer Politik erschüttert.

Die FDP hat richtigerweise sofort ihre Sorge um die Menschen in der Ukraine bekundet und die militärische Aggression der russischen Regierung sowie die andauernden Menschenrechtsverletzungen aufs Schärfste verurteilt. Das wurde unter anderem auch in den dringlichen Debatten im Nationalrat und Ständerat klargemacht sowie wurden konkrete Vorstösse eingereicht, die unter anderem eine Aufstockung der Mittel für die Armee fordern sowie Solidarität mit Flüchtlingen, Massnahmen zur Sicherung der Schweizer Energieversorgung und ein humanitäres und diplomatisches Engagement. Zudem wurde nochmals klar beschlossen, dass die Schweiz an ihrer Kandidatur für den UNO-Sicherheitsrat festhalten soll, wo sie zu den Bemühungen für Frieden beitragen kann.

### Gegenentwurf zur Gletscher-Initiative

In der Frühlingsession hat der Nationalrat über die Gletscher-Initiative und den direkten Gegenvorschlag beraten. Den direkten Gegenvorschlag des Bundesrates nahm der Nationalrat mit 104 zu

67 Stimmen bei 21 Enthaltungen an. Mit 99 zu 89 Stimmen und bei 4 Enthaltungen beschloss der Rat seine Stimmempfehlung für ein Nein zur Initiative. Diese Position entspricht auch der Position der FDP in ihrer Vernehmlassungsantwort zur Gletscher-Initiative. Im Unterschied zur Volksinitiative lässt der direkte Gegenvorschlag in der Umsetzung nämlich mehr Handlungsspielraum und verzichtet auf Verbote.

### Massentierhaltungsinitiative geht zu weit

Nach dem Nationalrat lehnte nun auch der Ständerat die Massentierhaltungsinitiative ab und ist nicht auf den direkten Gegenvorschlag des Bundesrats eingetreten, womit dieser vom Tisch ist. Die FDP nahm die Entscheide des Parlaments mit Freude zur Kenntnis, denn obwohl das Tierwohl auch für die FDP einen hohen Stellenwert einnimmt, überschiesst die Initiative das Ziel. Die heute bestehenden Rechtsgrundlagen tragen den Anliegen der Initianten bereits ausreichend Rechnung.

### Sieg der FDP in der Gentechnik

Seit 2005 kämpft die FDP als einzige Partei gegen eine Dämonisierung der Gentechnik. Jedoch konnte über all diese Jahre die fortlaufende Aktualisierung des Moratoriums durch die anderen Parteien nicht verhindert werden. Obwohl die Vorteile der modernen Gentechnik evident sind und die Wis-

senschaft für die Aufhebung des Moratoriums eintritt, konnten die anderen Parteien sich nicht von ihren veralteten Dogmen lösen. Immerhin konnten nun erstmals Ausnahmen eingeführt werden. Der vom Parlament beschlossene und von links-grün bekämpfte Antrag beauftragt den Bundesrat, für die neuen gentechnischen Verfahren, bei denen kein transgenes Erbmateriale eingefügt wird, eine neue Gesetzesgrundlage zu schaffen.

### Rigide «Lex Booking»

Der Nationalrat hat sich zur Enttäuschung der FDP für eine weitreichende Regulierung der Online-Buchungsplattformen wie Booking.com ausgesprochen. Anlass für die Verschärfung der Bestimmungen ist insbesondere der Ausbau der marktbeherrschenden Stellung der Online-Buchungsplattformen. Die FDP hat vergebens versucht, die Notwendigkeit solcher Plattformen aufzuzeigen und die Vorteile für Betriebe zum Beispiel durch den Netzwerknutzen vorzubringen. Nun ist der Ständerat am Zug, um diesen Misstritt des Nationalrats zu korrigieren.

### Parlament für die nächste Krise rüsten

Der Nationalrat hat sich mit der Funktionsweise des Parlaments in Krisensituationen befasst, damit der Handlungsspielraum vorhanden ist, wenn der Bundesrat Notrecht anwendet. Dies ist demokratiepolitisch wichtig, um in Krisenzeiten ein Gegengewicht zum Bundesrat zu schaffen. Der Nationalrat stimmte dem entsprechenden Vorstoss, an dem die FDP beteiligt war, fast einstimmig zu.

**Damien Cottier**

Fraktionspräsident und Nationalrat NE



Ende März besuchte Karin Keller-Sutter das Bundesasylzentrum Basel. Foto: EJPD



## «Ukraine-Krieg ist ein Angriff auf unsere westlichen Werte»

Bundesrätin Karin Keller-Sutter über ihre Arbeit seit Kriegsausbruch

Es hätte das Jahr der Reformen im Schengen-Raum sein sollen. Eine Agenda im Einklang mit den Zielen von Bundesrätin Karin Keller-Sutter. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat alles auf den Kopf gestellt. Die Justizministerin blickt zurück auf die letzten Wochen, die geprägt waren von der massiven Fluchtbewegung aus der Ukraine und einem Europa, das zusammensteht.

**In der Ukraine herrscht seit dem 24. Februar Krieg. Was ging Ihnen durch den Kopf, als Sie vom Kriegsausbruch erfahren haben?** Anfang Februar führte ich bilaterale Gespräche am Treffen der europäischen Justiz- und Innenminister in Lille. Mein tschechischer Kollege rechnete schon damals mit einem Krieg und meinte, es könnte 5 Millionen Flüchtlinge geben. Das hat mich sehr beschäftigt. Im Westen wollte man dies mit Ausnahme der USA nicht sehen. Die Gespräche in Lille, etwa mit den Vertretern aus Polen, der Slowakei oder Österreich, waren in diesem Fall sehr wichtig für mich. Ich rechnete danach jeden Tag mit einem Angriff. Am 24. Februar hat mir mein Mann am frühen Morgen gesagt: «Kiew wird angegriffen.» Ich dachte sofort an die Opfer. Ich habe realisiert, dass dies auch ein Angriff auf unsere westlichen, demokratischen Werte ist.

**Waren Ihnen die Auswirkungen auf die Schweiz so gleich bewusst?** Es war mir bewusst, dass viele Ukrainerinnen flüchten würden, um sich in Sicherheit zu bringen. Mittlerweile sind über 40 000 Personen aus der Ukraine zu uns geflüchtet. Aber ganz

abgesehen von der Anzahl der Menschen, die jetzt in der Schweiz sind: Wir sind mit ganz vielen menschlichen Schicksalen konfrontiert. Ende März war die Hälfte aller ukrainischen Kinder auf der Flucht. Es fällt schwer, sich das vorzustellen.

**Wie funktioniert die europäische Zusammenarbeit in diesem Bereich?** Drei Tage nach Kriegsausbruch haben wir uns in Brüssel getroffen. Am Abend des 27. Februar war mir klar, dass der Schutzstatus S aktiviert werden muss, und ich habe sofort entsprechende Aufträge erteilt. Dass die Europäische Union mit dem vorübergehenden Schutz etwas Vergleichbares plante, hat die Sache vereinfacht. Eine Koordination auf europäischer Ebene war unabdingbar.

**Am 4. März haben Sie erstmalig den Schutzstatus S für Flüchtlinge aus der Ukraine aktiviert. Was führte zu diesem Entscheid?** Der Schutzstatus S ist genau für eine solche Situation erdacht worden: eine hohe Anzahl Personen, die in kurzer Zeit vor einem Krieg zu uns flieht und unseren vorübergehenden Schutz braucht. Er erlaubt ein vereinfachtes Verfahren zur Aufnahme von Geflüchteten. Im

normalen Asylprozess hätten wir die hohe Zahl an Geflüchteten gar nicht bewältigen können. Das System würde kollabieren.

**Sie haben auch das Bundesasylzentrum Basel besucht. Welchen persönlichen Eindruck haben Sie erhalten?** Ich war genau einen Monat nach Kriegsausbruch in Basel. In diesen vier Wochen ist es gelungen, in der Schweiz gleich viele Geflüchtete zu registrieren wie sonst in einem ganzen Jahr. Unsere Krisenbewältigung funktioniert. Bei meinem Rundgang in Basel habe ich auch mit Geflüchteten aus der Ukraine sprechen können. Sie haben alle betont, dass sie möglichst schnell wieder in die Ukraine zurückkehren wollen und dass sie der Schweiz nicht zur Last fallen wollen. Viele haben sich bei mir für die Solidarität der Schweiz bedankt.

**Falls der Krieg andauert, dürften viele Ukrainerinnen und Ukrainer längerfristig im Land bleiben. Ist die Schweiz dafür gerüstet?** Ja, wir müssen gerüstet sein. Es gibt keine Alternative. Allerdings wird die Unterbringung den Bund und die dafür zuständigen Kantone stark fordern. Viele der Geflüchteten sind zudem gut ausgebildet. Kurz nach Ausbruch des Kriegs habe ich die Sozialpartner eingeladen, um die allfällige Integration in den Arbeitsmarkt vorzubereiten. Die entsprechenden Arbeiten laufen. Es muss jetzt jeder an seinem Platz seine Verantwortung wahrnehmen, dann meistern wir diese Aufgabe.



Ein Nein zu Frontex-Schengen würde auch die Sicherheit der Schweizer Grenzen gefährden. Foto: BAZG



# Nicht mit dem Feuer spielen

## Ja zu Frontex-Schengen

Am 15. Mai stimmen wir über die Beteiligung der Schweiz am Ausbau der europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache – kurz Frontex – ab. Frontex unterstützt die Schengen-Staaten beim Schutz der Schengen-Aussengrenzen. Die Schweiz ist assoziiertes Mitglied von Schengen und arbeitet seit über zehn Jahren mit Frontex zusammen. Die Agentur übernimmt wichtige Aufgaben bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität und der irregulären Migration. Davon profitiert auch die Schweiz. Das von links-grüner Seite lancierte Referendum gegen Frontex gefährdet die Sicherheit unseres Landes.

Die Migrationskrise 2015 hat gezeigt, dass die bisherigen Mittel von Frontex nicht ausreichen. Darum soll Frontex von den Staaten des Schengen-Raums mehr Geld und mehr Personal erhalten. Bundesrat und Parlament haben entschieden, dass sich auch unser Land am Ausbau von Frontex finanziell und personell beteiligen soll. Dies bekämpft nun links-grün in trauriger Eintracht mit einem Aktivistennetzwerk. Für die Schweiz geht es aber nicht nur darum, ob sie sich am Ausbau von Frontex beteiligen will. Frontex ist zentraler Bestandteil von Schengen. Lehnen die Stimmberechtigten die Vorlage ab, stehen die Abkommen Schengen und Dublin auf dem Spiel.

### Gefährdeter Zugriff auf Schengener Informationssystem

Sicherheit ist für unser Land ein entscheidender Standortvorteil. Und für die Sicherheit der Schweiz

ist die Mitgliedschaft bei Schengen zentral. Warum? Sie garantiert unter anderem den Zugriff der Schweiz auf das Schengener Informationssystem (SIS). Das SIS ist der Schlüssel zur grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung. Die Schweizer Sicherheitsbehörden nutzen das SIS intensiv: Rund 300 000 Anfragen werden täglich auf dem SIS getätigt. Jährlich erzielen sie damit rund 20 000 Fahndungstreffer. Bei einer Ablehnung der Frontex-Vorlage hätte die Schweiz auf dieses wichtige Fahndungssystem künftig keinen Zugriff mehr. Die Sicherheitsbehörden würden schlicht blind.

### Wirtschaftlicher Mehrwert durch Schengen/Dublin

Bei Schengen geht es um mehr als um Sicherheit. Ohne Schengen würde die Schweiz zu einer Schengen-Aussengrenze. Unsere Nachbarstaaten müssten wieder systematische Grenzkontrollen einfüh-



ren. Das bedeutet die Rückkehr zu langen Wartezeiten für rund 2 Millionen Menschen, die jeden Tag die Schweizer Grenze überqueren. Aber auch das Reisen in andere europäische Länder würde für Schweizerinnen und Schweizer durch die systematischen Grenzkontrollen deutlich komplizierter. Ebenso müssten zum Beispiel Touristen aus Asien und arabischen Ländern für die Schweiz wie früher ein separates Visum beantragen. Zudem könnten die stark verwachsenen grenzüberschreitenden Lebensräume in Genf, Basel oder auch im Tessin nicht mehr wie bisher funktionieren.

### Ausschluss droht innert sechs Monaten

Die Gegnerinnen und Gegner der Vorlage sind überzeugt, dass die Schweiz auch bei einer Ablehnung der Frontex-Vorlage eine Lösung finden könnte, um im Schengen/Dublin-Verbund zu verbleiben. Sie täuschen sich. Lehnt die Schweiz die Frontex-Vorlage ab, lehnt sie eine Schengen-Weiterentwicklung ab, zu deren Übernahme die Schweiz als Schengen-Mitglied verpflichtet ist. Damit tritt das Abkommen zu Schengen ausser Kraft – es sei denn, der Gemischte Ausschuss würde innerhalb von 90 Tagen einstimmig etwas anderes beschliessen. Wird keine Lösung gefunden, endet das Abkommen nach Ablauf weiterer drei Monate automatisch. Das ist im Abkommen explizit so geregelt. Wer darauf spekuliert, dass in dieser kurzen Zeit eine Lösung gefunden werden kann, spielt mit dem Feuer. Die Schweiz müsste mit schwerwiegenden Konsequenzen leben.

Mit dem Verlust der Schengen-Mitgliedschaft fiel übrigens auch das Dublin-Abkommen weg. Ohne das Dublin-Abkommen müsste die Schweiz für alle Ankommenden ein Asylverfahren durchführen, also auch für all diejenigen, deren Asylgesuch bereits in einem anderen Dublin-Staat geprüft und abgelehnt wurde. Es ist unschwer zu erkennen, was die Folge wäre: ein starker Anstieg bei den Asylgesuchen.

**Thierry Burkart, Parteipräsident und Ständerat AG**

Mit einem Nein zum revidierten Filmgesetz entscheiden die Konsumenten, welche Filme sie sehen wollen. Foto: iStock/evgenyatamanenko



## Schauen, was uns gefällt – ganz ohne Filmquote

### Nein zum revidierten Filmgesetz

Das revidierte Filmgesetz beschneidet die Wahlfreiheit des Publikums und verknurrt die Anbieter zu einer sachfremden Filmsteuer.

Wir beantworten die wichtigsten Fragen zur Vorlage und zeigen auf, weshalb es am 15. Mai ein Nein braucht.

Zahlreiche Jungfreisinnige haben im vergangenen Winter der Kälte getrotzt und Unterschriften gegen die Revision des Filmgesetzes (Lex Netflix) gesammelt. Schliesslich wurden rund 70 000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht. Ein grosser Erfolg, wenn man bedenkt, dass das revidierte Filmgesetz im Parlament noch mit einer 2/3-Mehrheit angenommen wurde. Dank dem Einsatz der Jungfreisinnigen und weiterer Jungparteien hat die Schweizer Stimmbevölkerung die Chance, das missratene Filmgesetz am 15. Mai 2022 an der Urne zu versenken.

«Die Freiheit der Konsumenten fällt einer sinnlosen Quote zum Opfer.»

**Matthias Müller**  
Präsident Jungfreisinnige Schweiz

#### Was will das Gesetz?

Die Revision verpflichtet ausländische wie inländische Streamingdienste wie oneplus, Netflix oder Disney+, ihre Filmkataloge mit mindestens 30 Prozent europäischen Werken zu bestücken. Weiter besteht neu auch eine Meldepflicht für bezahlte Abrufe von Filmen sowie die Abgabe von vier Prozent der Bruttoeinnahmen an Schweizer Filmschaffende.

#### Was bedeutet das?

Streamingdienste müssen aufgrund der 30-Prozent-Quote für europäische Werke ihre Filmkataloge anpassen – entgegen der eigentlichen Konsumentennachfrage. Die europäischen Werke müssen keinerlei Qualitätsvorgaben erfüllen. Damit fällt die Freiheit von uns Konsumierenden, zu schauen, was uns gefällt, ohne Not einer sinnlosen Quote zum Opfer. Dazu kommt die Filmsteuer von vier Prozent, die schlussendlich von uns Konsumentinnen und Konsumenten berappt werden muss.

#### Was will die FDP?

Die Delegierten der FDP Schweiz haben sich an der DV vom 12. Februar klar für ein Nein zum revidierten Filmgesetz ausgesprochen, weil es ein krasser Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit ist und das Publikum bevormundet. Wer ein Abo eines Streaminganbieters bezahlt, dem soll nicht mittels Quote vorgeschrieben werden, was er zu schauen hat. Zudem ist die Vorlage ein gefährlicher Präzedenzfall. Mit dem neuen Filmgesetz werden private Unternehmen erstmals gezwungen, eine bestimmte Branche mit ihren Bruttoeinnahmen zu subventionieren. Das ist ein ordnungspolitischer Sündenfall. Es droht die grosse Gefahr, dass künftig auch andere Akteure (zum Beispiel Spotify oder Apple Music) gezwungen werden, mindestens 30 Prozent europäische Inhalte anzubieten.

#### Wie geht es dem Schweizer Film?

Der Schweizer Filmbranche geht es auch bei einem Nein zum Filmgesetz ganz vorzüglich. Jährlich fliessen rund 150 Millionen Franken von Bund, Kantonen und Stiftungen in die Förderung des Schweizer Films. Darin inbegriffen sind 32 Millionen Franken, die direkt von der SRG stammen. Diese Förderung bleibt auch bei einem Nein zum Filmgesetz bestehen. Auch ohne Quote und Filmsteuer ist der Schweizer Film zu Publikumserfolgen fähig. Die Verfilmung von «Wolkenbruchs wunderliche Reise in die Arme einer Schickse» wurde von Netflix ins Programm aufgenommen. Nicht weil es ein Gesetz befohlen hat, sondern weil der Film beim Publikum auf Anklang stösst.



## Abstimmung

Das neue Transplantationsgesetz soll die Organspenderate in der Schweiz erhöhen.

Foto: iStock/vchal



# Ein Herz für die Organspende

## Ja zum Transplantationsgesetz

Die Organspenderate in der Schweiz ist zu tief. Das neue Organtransplantationsgesetz kann dies ändern und dafür sorgen, dass weniger Menschen aufgrund fehlender Spenderorgane sterben.

Im letzten Jahr warteten in der Schweiz 1434 Personen auf ein Spenderorgan. Jede Woche starben ein bis zwei Personen, weil nicht rechtzeitig ein passendes Organ gefunden werden konnte. Die Spenderate ist in der Schweiz im Vergleich mit anderen europäischen Ländern zudem sehr tief. Auch der 2013 lancierte Aktionsplan des Bundes, durch welchen die Spenderate massgeblich gesteigert werden sollte, hat zu wenig gebracht. Dass Handlungsbedarf besteht, ist somit unbestritten.

Das Parlament hat vor diesem Hintergrund das Transplantationsgesetz revidiert und sich für einen Systemwechsel entschieden: Heute muss, wer nach dem Tod seine Organe spenden will, dem zu Lebzeiten ausdrücklich zustimmen und diesen Entscheid auf einem Spenderausweis oder im nationalen Organspenderegister festhalten. Man bezeichnet dies als «Zustimmungslösung». Neu sollen nun Personen, die ihre Organe nach ihrem Tod nicht spenden möchten, dies explizit festhalten müssen. Man geht damit zur sogenannten «Widerspruchslösung» über.

### Bevölkerung ist positiv eingestellt

Diese Regelung gilt bereits in den meisten europäischen Ländern, und es zeigt sich, dass die Or-

ganspenderaten dort deutlich höher sind. Auch für die Schweiz ist dies der richtige Weg. Aus Umfragen ist nämlich bekannt, dass rund 80 Prozent der Bevölkerung der Organspende positiv gegenüberstehen. Dies dokumentiert haben jedoch nur wenige; 2017 hatten nur rund 16 Prozent der Befragten eine Spenderkarte ausgefüllt. Man kann deshalb davon ausgehen, dass mit dem Systemwechsel auch in der Schweiz mehr Organe transplantiert werden könnten.

Auch mit dem neuen Gesetz wird es keinen Automatismus geben. Ist im Falle des Todes eines Menschen sein Wille nicht bekannt, weil er diesen nicht dokumentiert hat, werden seine nächsten Angehörigen befragt, ob sie seinen Willen kennen. Sie können der Organentnahme widersprechen, wenn sie der Meinung sind, dass dies dem Willen des Verstorbenen entsprochen hätte. Sind keine nächsten Angehörigen erreichbar, ist die Organspende unzulässig.

### Sorgfältige Prüfung

Am Prozess der Organtransplantation ändert das neue Gesetz überhaupt nichts. Es gelten weiterhin die gleichen Regeln zum Beispiel in Bezug auf die Feststellung des Todes einer Person. Insbesondere

müssen zwei Ärztinnen oder Ärzte, die nicht zum Transplantationsteam gehören, den Tod unabhängig voneinander feststellen. Dies erfolgt in einem Spital auf der Intensivstation. Die absurde Behauptung der Gegner des Gesetzes, Unfallopfern könnten noch auf der Unfallstelle – mithin auf der Strasse – nun sämtliche Organe entnommen werden, entbehrt somit jeglicher Grundlage.

Hingegen ergibt sich durch die neue Regelung eine wesentliche Erleichterung für die Angehörigen eines Verstorbenen, dies zeigen Erfahrungen aus Ländern, in denen die Widerspruchsregelung gilt. Sie müssen in einer ohnehin sehr belastenden Situation nicht zusätzlich einen schwierigen Entscheid anstelle des Verstorbenen fällen. Vielmehr können sie davon ausgehen, dass er ihnen gegenüber die Ablehnung einer Organspende zu Lebzeiten geäußert hätte. Dass eine umfassende Information der Bevölkerung über das neue Konzept nötig ist, ist selbstverständlich und auch so vorgesehen.

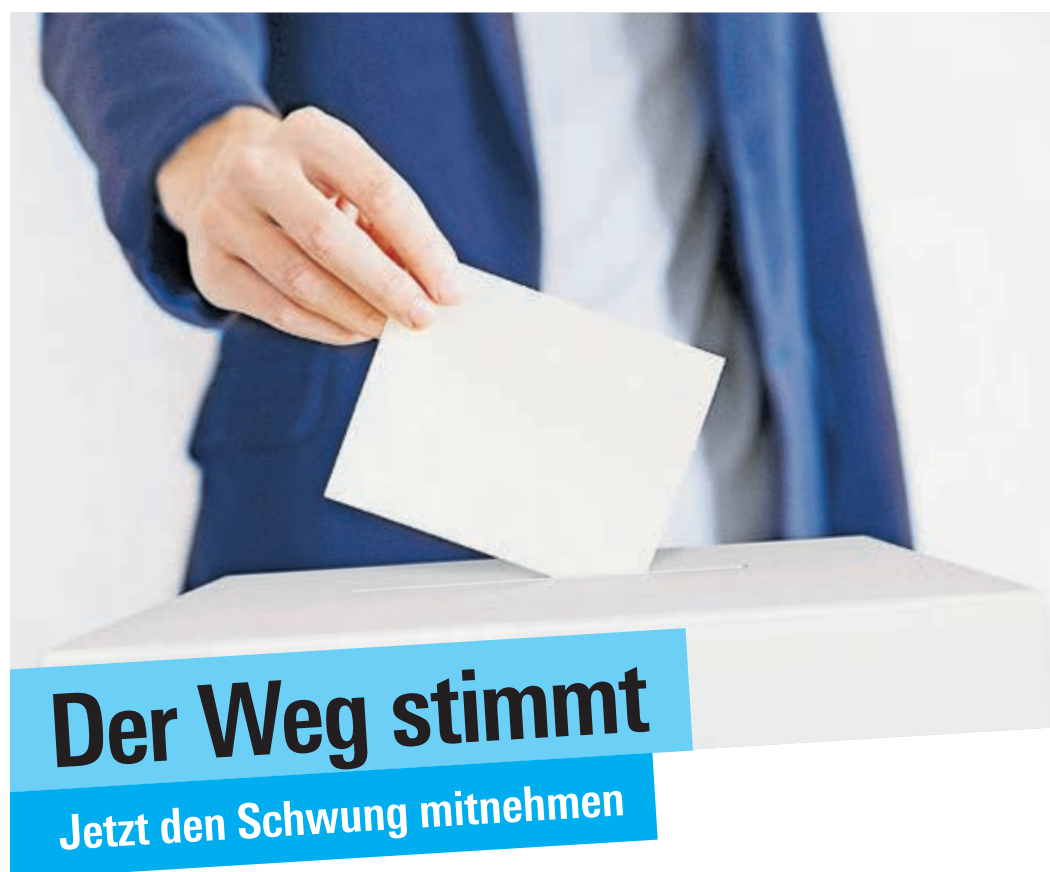
Das neue Transplantationsgesetz kann somit dazu beitragen, dass auch in der Schweiz mehr Organe gespendet werden und mehr Leben gerettet werden können. Und bedenken wir: Das Risiko, selbst auf ein Spenderorgan angewiesen zu sein, ist sechsmal höher als selbst zum Spender zu werden. Deshalb sage ich mit Überzeugung Ja zum neuen Gesetz.

**Regine Sauter, Nationalrätin ZH**



Mit eigenständigen und konstruktiven Vorschlägen ist die FDP für kommende Wahlen gut aufgestellt.

Foto: iStock/Anton\_Sokolov



## Der Weg stimmt

Jetzt den Schwung mitnehmen

Im Kanton Basel-Landschaft haben die Vorarbeiten für die kantonalen Wahlen Anfang 2023 begonnen. Der Baselbieter Jungfreisinnige Sebastian Binggeli zeigt auf, wie liberale Lösungen zum Erfolg führen können.

Im Februar 2023 sind im Kanton Basel-Landschaft Landratswahlen und im Herbst 2023 folgen die nationalen Wahlen. Dieser zeitliche Horizont bietet Anlass, die aktuellen politischen Gegebenheiten und Entwicklungen zu betrachten. Dies ist insbesondere interessant im Kontext der Frage, warum liberale Impulse und somit die FDP als liberale Taktgeberin aktuell besonders gefragt sind und dies auch in absehbarer Zukunft sein sollen.

Beachtet man nämlich die Ergebnisse der letzten Kantons- und Kommunalwahlen, lässt sich durchaus ein positiver Trend zugunsten der FDP erkennen und auch momentane Themenkonjunktur verlangt nach liberalen Ansätzen.

### Erkenntnisse aus den letzten Wahlen mitnehmen

Bei den letzten Wahlen liessen sich einige bemerkenswerte Tendenzen beobachten. Hierzu punktgenau passend ist ein Zitat von Markus Somm, geäussert am letzten Kongress der Jungfreisinnigen Schweiz: «Die SP und die SVP sind die grossen Parteien von gestern.» Die SVP profitiert noch vom Proporz, verliert aber laufend Wahlen. Wie keine andere Partei hat sie sich mit ihren Positionen zur Corona-Politik und aktuell zum Krieg in der Uk-

raine verrannt und lässt jegliche Glaubwürdigkeit vermissen.

Auch auf der linken Seite des Spektrums tut sich einiges: Die SP verliert am Laufmeter Wahlen und Sitze; insbesondere an die Grünen. Diese Entwicklung ist aufgrund der Aktualität der Umwelt- und Klimaschutzthemen nachvollziehbar. Doch hat die SP auch inhaltlich und intern an Breite verloren. Spätestens unter dem aktuellen Führungsduo sind sozialliberale Positionen marginalisiert. Die SP erzielt höchstens noch Erfolge bei Referenden.

Auch lässt sich bei den Ergebnissen der Grossratswahlen im Kanton Bern eine weitere Beobachtung machen: Das linke Lager verliert insgesamt. Davon profitiert die GLP, welche seit ihrer Gründung laufend nach links wandert. Somit ist es nicht zwingend die FDP, die auf Kosten der GLP verliert. Ganz im Gegenteil bieten sich durch das Abdriften der SVP und das Konkurrieren der GLP mit dem linken Lager neue Spielräume, welche es zu nutzen gilt.

### Wichtige Themengebiete kantonal behandeln

Auch die FDP Baselland profiliert sich mit eigenen



Sebastian Binggeli trifft Bundespräsident Ignazio Cassis anlässlich einer Delegiertenversammlung.

Ideen. So hat die Landratsfraktion das Vorstoss-paket «Fit für die Zukunft BL» lanciert: eine Zusammenstellung an Postulaten und Motionen für einen wettbewerbsfähigeren Kanton. Auch in der Energiepolitik ist die Partei nicht untätig. Themen wie die künftige Energiespeicherung und die Nutzung von Wasserstoff sind in Behandlung und erfolgreich überwiesen wurden Vorstösse zur definitiven Hürdensenkung für die Nutzung von erneuerbaren Energien, insbesondere von Solarenergie. Insbesondere Letzteres könnte auch ein spannendes Thema für andere Kantone sein.

### Voraussetzungen nutzen

Als junges, aktives FDP-Mitglied und insbesondere als Kandidat bei den kantonalen Wahlen in Baselland ist es mir ein Anliegen, dass die beschriebenen Entwicklungen anhalten, eingeschlagene Richtungen weiterverfolgt werden und die Ergebnisse in der Öffentlichkeit verbreitet werden. Die FDP verfügt über gute Voraussetzungen für Wahlerfolge, die es zu nutzen gilt.

### Sebastian Binggeli, Bachelor-Mentee

FDP Schweiz, Vorstandsmitglied FDP Oberwil BL und Delegierter FDP Schweiz



Die FDP zeigt anhand eines neuen Europapapiers auf, wie das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU konstruktiv weiterentwickelt werden soll. Das Positionspapier legt den Fokus auf eine Erweiterung des Verhandlungspakets. Der sektoriellen Optik in einzelnen Themenfeldern soll die dynamische Rechtsübernahme zugrunde liegen, bei welcher die vitalen Interessen der Schweiz durch Schutzklauseln ausgeklammert werden können.

Im Herzen des europäischen Kontinents gelegen, teilt die Schweiz die europäische Geschichte, die Kultur und die Wertvorstellungen. Die FDP will darum auch in Zukunft eine geregelte Kooperation mit der EU und einen diskriminierungsfreien Zugang zum Binnenmarkt. Das Erfolgsmodell der bilateralen Verträge mit der EU muss weitgeführt werden, denn sie erleichtern nicht nur den tagtäglichen Handel mit unseren wichtigsten Handelspartnern, sondern sind auch ein bedeutender Faktor unserer Standortattraktivität.

### Die Europapolitik der FDP basiert auf folgenden drei Hauptzielen:

1. Wahrung der politischen Eigenständigkeit der Schweiz (kein EU- oder EWR-Beitritt).
2. Kooperation mit der EU bei gegenseitigem Interesse, namentlich in den Bereichen Forschung, Bildung, Sicherheit und Migration, Strom usw.
3. Nachhaltige Sicherung und Weiterentwicklung des bilateralen Wegs, um einen diskriminierungsfreien und ungehinderten Zugang zum EU-Binnenmarkt zu sichern.

### Erweiterung des Verhandlungspakets (Bilaterale III)

Aus Sicht der FDP gilt es nun, ein neues Verhand-

lungspaket (Bilaterale III), angereichert mit materiellen Marktzugangsabkommen, zu schnüren. Durch die Vergrößerung der Verhandlungsmasse erhalten beide Seiten mehr Handlungsspielraum. Die Verhandlungen der einzelnen Dossiers sollen durch eine Bündelung so ausgestaltet werden, dass die gegenseitigen Interessen ausgeglichen sind. Die Erweiterung zu einem Verhandlungspaket soll eine breite Akzeptanz ermöglichen.

### Sachgerechte Lösungen in einzelnen Themenbereichen

Weil der horizontale Lösungsansatz mit einem Rahmenabkommen zu keiner Lösung geführt hat, schlägt die FDP eine sektorielle Optik vor. Konkret bedeutet dies, dass sachgerechte Lösungen in einzelnen Themenbereichen gesucht werden. Das Grundmodul ist dabei immer gleich aufgebaut: Es beinhaltet die Frage der Dynamisierung sowie der Streitbeilegung, unter der Wahrung der direkt-demokratischen Rechte. Dieser sektorielle Ansatz erlaubt es, in den einzelnen Themenbereichen – je nach Interessenlage – Sonderregeln durch Schutzklauseln oder Opting-Out-Möglichkeiten vorzusehen. Denn die Interessenlage bei der Personenfreizügigkeit ist anders als bei einem Gesundheitsabkommen.

### Dynamische, aber nicht automatische Rechtsübernahme

Um Rechtssicherheit zu schaffen, spricht sich die FDP für die dynamische Rechtsübernahme aus, unter Wahrung der direkt-demokratischen Prozesse der Schweiz. Im Gegenzug zur erhöhten Rechtssicherheit der EU soll die Schweiz ein Mitwirkungsrecht erhalten, mit dem sie bei der Entstehung neuer Richtlinien beteiligt ist.

### Zweistufige Streitbeilegung

Für den Fall, dass zwischen der Schweiz und der EU keine Einigkeit über die Umsetzung eines bestimmten Abkommens besteht, muss ein Streit-schlichtungsmechanismus vorgesehen werden. Sowohl die Schweiz als auch die EU sind ihm genau gleich zu unterstellen. Die FDP schlägt hierzu ein zweistufiges Vorgehen vor: In der ersten Phase würde der zuständige Gemischte Ausschuss über die Differenz beraten. Wird hierbei keine Einigung gefunden, ist ein paritätisches Schiedsgericht vorzusehen. Dieses würde prüfen, ob die zu implementierenden Ausgleichsmassnahmen angemessen sind.

### Beiträge der Schweiz

Aufgrund vertraglicher Verpflichtungen zahlt die Schweiz bereits heute diverse Beiträge an die EU (z.B. bei Frontex, Kohäsionsbeitrag). Die FDP ist im Rahmen eines gesamten Verhandlungspakets im Grundsatz bereit, weiterhin Beiträge an die EU und ihre Mitgliedsländer zu leisten, insbesondere wenn dadurch vitale Interessen der Schweiz durch Opting-outs beziehungsweise Schutzklauseln geschützt werden. Sollte die EU Marktzutrittsabkommen nicht vollständig umsetzen, würde sich nebst einer wechselseitigen Ausgleichsmassnahme auch die Reduktion des entsprechenden Beitrags ergeben.

Die FDP ist überzeugt, mit dem erarbeiteten Europapapier einen konstruktiven Beitrag in diesem zentralen Dossier für die erfolgreiche Zukunft der Schweiz zu leisten. Das Positionspapier wurde jeweils einstimmig von der Fraktion, dem Parteivorstand und der Parteipräsidentenkonferenz gutgeheissen. Die abschliessende Beschlussfassung erfolgt durch die Delegierten der FDP Schweiz an der Delegiertenversammlung am 25. Juni 2022 in Andermatt.

QR-Code scannen  
und das ganze  
Europapapier lesen.





## Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

Revision des Filmgesetzes



JA

Frontex-Schengen



JA

Revision Transplantationsgesetz

## AGENDA

25. Juni 2022, Andermatt  
Delegiertenversammlung

22. Oktober 2022  
Delegiertenversammlung

Einladung zum Fachreferat

«Hat Putin mit seinem Krieg die liberale Weltordnung verändert?»



**Peter Regli**

Dipl. Masch.-Ing. ETH, Divisionär a. D., ehem. Chef des Schweizer Nachrichtendienstes, Delegierter der FDP Schweiz, spricht zum Thema

- > **Donnerstag, 12. Mai 2022 in Zürich**, «Widder Hotel», Rennweg 7, 8001 Zürich
- > **Beginn: 18.45 Uhr Apéro / 19.30 Uhr Referat**, Eintritt frei. Keine Anmeldung notwendig.



KOLUMNE

## Freisinniger Tag der Arbeit



Der 1. Mai steht vor der Tür und wir sollten den «Tag der Arbeit» nicht länger ignorieren. Der Feiertag ist traditionell linkes Terrain, doch auch die Bürgerlichen sollten sich nicht verstecken. Für sie bedeutet Arbeit nicht einen Kampf wie bei der Linken, sondern ist vielmehr ein Schlüssel für mehr Lebensqualität und Unabhängigkeit für alle.

Im Jahr 1886 bildete ein Streik für die Forderung nach einem Achtstundentag die Grundlage für den Tag der Arbeit am 1. Mai. Die Bemühungen für verbesserte Arbeitsbedingungen wurden in der Folge von der Linken aufgenommen. Wenn wir die linken Parteien von heute betrachten, die gegen alles kämpfen, was überhaupt nach Arbeit aussieht, scheinen die ursprünglichen Bemühungen weit weg. Was damals ein Kampf für bessere Arbeitsbedingungen war, ist heute ein Kampf gegen die Arbeit selbst.

Wenn es heute darum geht, besser und nicht unbedingt weniger zu arbeiten, muss die FDP die erste Wahl sein. Die FDP ist die Partei der Innovation und der Digitalisierung. Wir sind die einzige Partei, die das Gentech-Moratorium offen bekämpft und die führende Kraft bei der Entwicklung des 5G-Netzes. Die FDP verkörpert Unternehmertum: Offenheit, Mut und Ehrgeiz. Dabei geht es nicht darum, Erfolge zu sammeln und sich darauf auszuruhen, sondern einen Beitrag an die Gesellschaft zu leisten und jedem Einzelnen die Möglichkeit zur Weiterentwicklung zu geben. Man kann es nicht oft genug wiederholen: Stagnation bedeutet Rückschritt und etwas zu wagen, bedeutet Fortschritt. Ich wünsche Ihnen einen schönen Tag der Arbeit!

**Johanna Gapany**  
Parteivizepräsidentin und Ständerätin FR

**FDP**

Die Liberalen

---

# Keine Experimente mit unserer Sicherheit.

Am 15. Mai

**Frontex-  
Schengen**

[frontex-schengen-ja.ch](http://frontex-schengen-ja.ch)

**ja**